

# Der Grundstein

## Wochenblatt des Deutschen Bauwerksbundes

für Wertmeister, Gesellen, Lehrlinge und Hilfsarbeiter in Maurer-, Beton- und Tiefbaubetrieben, in der Kachelofen- und Steinzeugindustrie, in Schmelzöfenbetrieben und Glasereien, in Puger- und Stuckbetrieben, für Asphaltierer und die Arbeiter im Straßenbau, Hölzler, Fliesenleger, Ofenseher, Steinholz- und Terrazzoarbeiter

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Monatsbezugspreis 1.— RM. (ohne Bestellgeld). Bestellungen nur durch die Post. Schluß des Blattes Montags früh.

Herausgeber: Deutscher Bauwerksbund

Berlin SW 68, Friedrichstr. 5-8. Fernspr.: 2 7 Dönhoff 7650, 7651, 6240. Postfach. Berlin 65232.

Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Berlin S 14, Deutscher Bauwerksbund, Zentrale. Geschäftsangelegen nach Tarif durch „Werba“, Berlin SW 11.

### Zur Lohnabbaukampagne der deutschen Bauunternehmer.

„In einer Zeit von 5 Millionen Arbeitslosen und einigen Millionen Kurzarbeitern sind die Stundenlöhne der Arbeitenden nicht maßgebend, sondern nur der Jahresarbeitsverdienst. Die Reichsregierung will keine Verringerung der Reallohne.“ Reichsarbeitsminister Stegerwald im Reichstag am 12. März 1931.

Am 13. März lasen wir diese Botschaft. Nun wohl, Herr Arbeitsminister, wir wollen sehen, ob sich dieser Ausdruck mit den Tatsachen decken wird. Auch wir haben bereits wiederholt betont, daß die zur Auszahlung kommenden Stundenlöhne keinen Einblick bieten in das jährliche Haushaltsbudget eines Arbeiters. Und da man im Unternehmerlager seit Jahren ein geradezu hysterisches Geschrei anstimmt über die „hohen“ Bauarbeiterlöhne, so wollen wir uns einmal in einem kleinen Ausschnitt die Jahresarbeitsverdienste von Maurern und Bauhilfsarbeitern betrachten. Unsere Bundesleitung hat im Jahre 1929 eine Haushaltsstatistik einzelner Kollegen durchzuführen versucht. Daran haben sich dankenswerterweise 896 unserer Mitglieder bis zum Jahresluß beteiligt. Davon waren 509 Maurer und 284 Hilfs- und Tiefbauarbeiter. Nach den gewissenhaft geführten Haushaltsrechnungen dieser Kollegen, unter denen sich auch eine Anzahl Akkordverdiener befinden, ergab sich bei den 509 Maurern ein Jahresdurchschnittsverdienst von 2044,80 M., bei den Hilfs- und Tiefbauarbeitern von 1577,14 M. Dies bedeutet bei den Maurern einen durchschnittlichen Wochenverdienst von 39,32 M., bei den Hilfs- und Tiefbauarbeitern von 30,33 M. Herr Reichsarbeitsminister, kann man solche Jahresverdienste als *auskömmlich* bezeichnen? Wir sehen nämlich, daß in fast allen Fällen bei diesen Haushaltsrechnungen noch andere Erwerbsquellen, durch Arbeit der Frau oder in der Landwirtschaft, aufgemacht werden mußten, um die Bauarbeiterfamilien über Wasser halten zu können. Die einzelnen Haushaltsrechnungen zeigen uns, daß, wenn diese Nebeneinnahmen nicht gewesen wären, diese Bauarbeiterfamilien in größter Not dahinvegetiert hätten. Uebelgesinnte werden sagen, dies sei ja nur ein belangloser und jede Schlussfolgerung ausschließender Ausschnitt aus den Einkommensverhältnissen und Haushaltsrechnungen deutscher Bauarbeiter. Wir bekennen ohne weiteres, daß eine bei 896 Bauarbeitern durchgeführte Statistik zuverlässige Unterlagen nicht bieten kann, aber dieser Ausschnitt beweist uns immerhin, daß die Not der Bauarbeiter bereits im Jahre 1929 vielfach sehr groß war. Und außerdem sind es wahrlich nicht die schlechtestgestellten unter unseren Mitgliedern, die sich einer solchen Jahresarbeit unterziehen. Leute, denen es noch *schlechter* ergeht, verlieren zumeist den Sinn für eine solche Befähigung. Nun halte man aber gegen das Jahr 1929 das Jahr 1930 mit seinen geradezu katastrophalen Auswirkungen auf die deutsche Bauwirtschaft! Leichtlich ist daraus zu errechnen, daß die Not in den Haushaltungen der deutschen Bauarbeiter im Jahre 1930 eine viel *größer* gewesen sein muß als im Jahre 1929! Und wie wird es im Jahre 1931 werden? Wir wissen, daß im vorigen Jahr nach der von uns allwöchentlich geführten Statistik nur für eine ganz kurze Zeitspanne die Zahl der arbeitslosen Bauarbeiter auf etwa 40 % zurückgegangen war. Sonst bewegte sich der Prozentsatz unserer arbeitslosen Mitglieder während des ganzen Jahres zwischen 62,5 und 41 %. Wir sind der festen Überzeugung, daß im Jahre 1931 die Not eine noch viel größere sein wird und sich der Arbeitslosenstand der Bauarbeiter in diesem verhängnisvollen Jahr nie unter 50 % bewegen wird. Wie mag da erst der Jahresarbeitsverdienst der deutschen Bauarbeiter aussehen! Und trotzdem kommen die Organisationen der baugewerblichen Unternehmer daher und verlangen in geradezu unverantwortlich bolschewistischer Weise eine ganz ungeheure Lohnsenkung für die deutschen Bauarbeiter!

In einem weiteren Aufsatz in dieser Zeitung beleuchten wir die Einwände, die von einem Unternehmer in der „Deutschen Bergwerkszeitung“ versucht werden, um einen Lohnabbau im Baugewerbe zu rechtfertigen. Dort sagen wir das Nötige in dieser Richtung, so daß es sich erübrigt, an dieser Stelle besonders darauf einzugehen. Aber auf *eins* sei hier noch hingewiesen. Der Reichsarbeitsminister Stegerwald sagte auch am 12. März im Reichstage, das Institut für Konjunkturforschung berechne gegenüber einer Einkommens Kürzung von 10 % eine Preissenkung um 7 1/2 %. Die Differenz in diesen Zahlen um 2 1/2 % will Minister Stegerwald als keine Verringerung der Reallohne betrachten, weil ja die Regierung schon vor dem Lohnabbau die Kohlen- und Eisenpreise gesenkt habe. Dazu wäre zu bemerken, daß die Arbeiterchaft von einer Senkung der Eisenpreise wenig Vorteil haben dürfte und nur die Senkung der Kohlenpreise für sie in Betracht käme. Wir stellen, die Berechnung des Instituts für Konjunkturforschung als richtig vorausgesetzt, entgegen der Behauptung Dr. Stegerwalds fest, daß bisher die Reallohne der deutschen Arbeiterchaft *verringert* worden sind. Selbst wenn eine Preissenkung um 10 % einer Einkommens Kürzung von 10 % gegenüber stände, so bedeutete dies *ebenfalls* eine Senkung der Reallohne, denn im Haushaltsbudget jedes Arbeiters figurieren Ausgaben, die an der Preisverringerung *keinen* Anteil haben. Erinnert sei hier nur an die Wohnungsmieten und an die Fahrgebühren. Vor allem die Wohnungsmiete ist ein besonders einschneidender Ausgabeposten im Haushaltsbudget jeder Arbeiterfamilie. Wir erwarten, daß bei den Lohnverhandlungen in den Tarifbezirken alle diese Umstände von den Unparteiischen beachtet werden, um zu einem gerechten Schluß bei der Abmessung der Löhne der deutschen Bauarbeiter zu kommen. Nach den Ausführungen des Ministers Stegerwald dürfte in keinem Falle von irgendeinem Lohnabbau mehr die Rede sein!

Und nun sei unser Bericht fortgesetzt über die unverfügbaren Lohnabbauanträge der Bauunternehmer in den einzelnen Lohnbezirken. Ueber eine Anzahl Lohngebiete haben wir bereits im vorigen „Grundstein“ berichtet. Nachgetragen sei heute, daß in *Pommern* die Unternehmer 25 % Lohnabbau verlangen. Besonders zengte hier vom Geiste der Unternehmer der Ausspruch eines ihrer Wortführer: „Früh Vogel, oder stirb!“ Man will dort den Spitzenlohn der Maurer auf 90 % herabdrücken. In der niedrigsten Klasse erhielten nach den Anträgen der Bauunternehmer die Maurer und Zimmerer nur noch 67 % Stundenlohn. Im Lohnbezirk *Breslau* wollen sich die Unternehmer „nur“ mit etwa 20 bis 27 % Lohnabbau begnügen. Im Lohnbezirk *Griß* soll der Spitzenlohn von 114 auf 85 % herabgedrückt werden. Den Tiefbauarbeitern bietet man in der niedrigsten Lohnstufe ganze 55 % Stundenlohn. Im Lohnbezirk *Grünberg* will man die Löhne im Hochbau um 20 %, im Tiefbau um 24 % drücken. Ähnlich ist der für *Oberschlesien* verlangte Lohnabbau. In *Thüringen* will man den Spitzenlohn von 125 auf 96 % herabsenken, im Lohnbezirk *Osternland* von 117 auf 80 %. Im Lohnbezirk *Frankfurt a. M.* (Hessen) soll der Spitzenlohn um 25 % gesenkt werden; im Tiefbau beanspruchen die Unternehmer 30 % Lohnabbau. Im *Nabegebiet* will man den Spitzenlohn von 129 auf 90 % senken. In *Mecklenburg* verlangen die Unternehmer 30 % Lohnabbau; das bedeutet eine Senkung des Spitzenlohnes von 113 auf 79 %. Den Tiefbauarbeitern müßte man sogar zu, in der untersten Lohnstufe für 48 % stündlich zu arbeiten. In *Bayern* bewegen sich die von den Unternehmern beantragten Lohn-

abzüge zwischen 32 und 38 % je Stunde. Hier sollen sogar in der niedrigsten Lohnstufe die Tiefbauarbeiter für 41 % je Stunde fronden. In der *Pfalz* will man den Spitzenlohn von 128 auf 100 % senken, in den Landorten sollen die Facharbeiter nur 60 bis 70 % je Stunde erhalten. Außerdem verlangt man für die *Pfalz* vom 1. Oktober 1931 an eine weitere Lohnsenkung um 5 %. Im Vertragsgebiet *Brandenburg* beanspruchen die Unternehmer 22 bis 25 % Lohnsenkung. In *Ostpreußen* verlangen die Unternehmer eine Lohnherabsetzung auf den Stand von 1925; dies bedeutet in der obersten Lohnklasse eine Herabsetzung des Spitzensacharbeiterlohnes auf 88 % je Stunde, in der niedrigsten Lohnklasse auf 68 %. Den Tiefbauarbeitern müßte man zu, in der niedrigsten Lohnklasse für 47 % je Stunde zu werken. Im Lohngebiet *Hamburg* will man den Spitzenlohn um 38 % je Stunde senken. Außerdem will man für *Hamburg* noch ein weiteres Tarifgebiet schaffen, wodurch der Lohn in diesem Teil *Groß-Hamburgs* noch bedeutend mehr herabgedrückt würde. Im Lohngebiet *Schleswig-Holstein* will man den Spitzenlohn der Facharbeiter um 32 % je Stunde senken. Auch hier verlangt man wesentliche Veränderungen in der Lohnklasseneinteilung zuungunsten unserer Kollegen. Für die Bezirke *Baden* und *Oberpfalz* liegen die Resultate noch nicht vor, da dort erst nach der Mitte des März verhandelt werden soll. Anschließend soll dann das *Tarifamt* sprechen. Auch für den Bezirk *Württemberg* ist bei Zeitungsluß noch nicht verhandelt worden.

Diese unverfügbaren Lohnabbauanträge der Unternehmer bedeuten Unternehmervollschweizismus in Reinkultur. Ueberall sind unter diesen Umständen die Verhandlungen gescheitert. Vielfach hat man sich über die Person der unparteiischen Vorsitzenden in den Bezirksarbeitsämtern nicht einigen können. In diesen Bezirken bauen die Unternehmer besonders stark auf das Reichsarbeitsministerium, das soll ihnen Schlichter stellen, die ihrer Meinung nach ihrem Lohnabbaubegehren größtes Verständnis entgegenbringen sollen. Die Herren kalkulieren: Was wissen vom Reichsarbeitsminister bestellte Tarifamtsvorsitzende, die in diese Materie fremd und urplötzlich hineinschneien, von der besonderen wirtschaftlichen und sozialen Lage der deutschen Bauarbeiter! Wenn ihnen dann auch die Arbeitervertreter die besondere wirtschaftliche Lage der Bauarbeiter — die wir an anderer Stelle schildern — vorhalten, so werden sie dies vielleicht zum Teil glauben, zum Teil aber als „Schachzüge“ einschätzen. Und dann werden sie schließlich zu einem ungerechten Schiedsspruch kommen und damit den Unternehmern Entgegenkommen zeigen. Solche Schlichter möchten jene Bauunternehmer haben, die partout jede Einigung über die Person des Tarifamtsvorsitzenden abgelehnt haben. Die Schlichter sollen mit den üblichen Tiraden der Syndizt überrumpelt werden, um einen möglichst starken Lohnabbau zugunsten der Unternehmer herbeizuführen.

Die Lohnabbauforderungen der Unternehmer sind geradezu verrückt. Ginge es nach ihnen, dann müßten die Bauarbeiter nicht nur hungern während der Arbeitslosigkeit, sondern auch noch dann, wenn sie das „Glück“ haben, für eine kurze Zeitspanne Arbeit zu finden. Nur *Machtkoller* und *Sagier* diktierten den Bauunternehmern ihre Handlungen. Wir sehen schon im voraus, daß auch die Tarifämter keine Sprüche fällen werden, mit denen sich beide Parteien einverstanden erklären. Die zentrale Schiedsstelle wird dann über die Löhne der Hauptarbeitergruppen der obersten Lohnklasse zu entscheiden haben. Warten wir ab. Es möge sich zunächst erweisen, in welcher Weise der Reichsarbeitsminister zu seiner Erklärung vom 12. März im Reichstag stehen wird!

### Baukosten und Löhne.

In der „Deutschen Bergwerkszeitung“ berichtet über dieses Thema ein — wie sich das Blatt ausdrückt — angesehenes Bauunternehmen. Der Verfasser klagt in diesem Aufsatz zunächst darüber, daß in der „Kölnischen Volkszeitung“ stehende gewisse Stellen seien daran interessiert, bei den Regierungsstellen und auch in der öffentlichen Meinung den Glauben zu erwecken, die hohen Baukosten würden durch die hohen Bauarbeiterlöhne hervorgerufen. Dazu sagt dieses „angesehene Bauunternehmen“: „Bekanntlich liegen die Bauarbeiterlöhne durchschnittlich etwa 30% über den Löhnen ähnlicher Facharbeiter der Industrie.“ Dazu sagen wir: Das ist unzutreffend. Der Verfasser sieht nur die tendenziöse Aufmachung über die Spitzenlöhne der Bauarbeiter in Großstädten, er denkt nicht an die vielen niedrigeren Lohnklassen und stellt keineswegs in Rechnung, daß ein Bauarbeiter ganz andere Ausgaben hat als etwa ein Fabrikarbeiter. Dieser ist immer in gleichen Betrieben beschäftigt, während die Arbeitsstelle des Bauarbeiters einem starken Wechsel unterworfen ist, was seine Fahrkosten und seine Lebenshaltung maßlos verfeuert, so daß bei vielen Bauarbeitern der doppelte Haushalt keine Ausnahme, sondern die Regel bildet. Hinzu kommt ein stärkerer Kleiderverschleiß, außerdem sind nirgends im Baugewerbe irgendwelche sozialen Zulagen üblich. Auch der Urlaub des Bauarbeiters steht zumeist nur auf dem Papier. Ferner kommen beim Bauarbeiter in Betracht viele Ausfallstunden und -tage bei unangenehmer Witterung. Zudem ist der Bauarbeiter nicht mehr Saisonarbeiter, er ist nur noch Gelegenheitsarbeiter. Alle diese Umstände würden 30% Mehrlohn für die Bauarbeiter durchaus rechtfertigen. Aber diese 30% Mehrlohn sind gar nicht vorhanden; wir haben dies schon öfter als einmal nachgemessen. Es gibt im Baugewerbe Facharbeiterlöhne, die nicht einmal 80 % je Stunde betragen.

Schließlich rechnet der Verfasser heraus, der Lohnanteil an den Baukosten betrage 50%, folglich müßten die Löhne gleich den Preisen für Baumaterialien herabgesetzt werden, natürlich „nur“ im Interesse der Allgemeinheit, „nur“ um billige Wohnungen zu schaffen. Damit bestätigt der Verfasser „nur“ das von ihm beanstandete, aber durchaus richtige Zitat der „Kölnischen Volkszeitung“. Und vom durch Lohnabbau vermehrten Unternehmerprofit spricht der Verfasser nicht. Dafür sagt er zum Schluß, es wäre zu wünschen, daß alle am Baugewerbe Beteiligten gemeinsam an einer Leine zögen, um das schwer ringende Baugewerbe als Schlüsselgewerbe wieder in Gang zu bringen.

Erfolgt dieses frommen Wunsches zeigt der Verfasser leider nur zu deutlich, wohin auch bei ihm die Reise gehen soll: Er will die Löhne der Bauarbeiter gemäß dem Bemühen der baugewerblichen Unternehmerverbände maßlos herabdrücken. Er sagt recht harmlos: „Die Kosten für Material und Löhne im Baugewerbe müßten überprüft werden, wo eine Senkung zweckmäßig und durchführbar erscheint, jedoch so, daß dadurch nicht Existenzverhältnisse werden oder eine auskömmliche Lebenshaltung nicht mehr möglich ist.“

Nun gut: Bei dem Baumaterial hat sich zur Evidenz erwiesen, daß die Preise stark übersteigert waren und man früher übermäßige Gewinne vor allem in der Zementindustrie herausgeholt hat. Nunmehr sind die Preise gesunken. Aber an den Löhnen der Bauarbeiter, die heute im größten Glend dahingefahren, auch noch zu knapsen, das würde, um mit den Worten des Verfassers zu reden, die Bauarbeiterexistenzen vernichten. Es hört sich höchst und geschäftsmäßig an, wenn der Verfasser sagt, bei den Bauarbeitern sei nur die geleistete Arbeit in Rechnung zu stellen und nicht das Jahres Einkommen. Der Reichsarbeitsminister ist allerdings anderer Meinung. Und leider ist dieses Jahreseinkommen so, daß davon nichts mehr abzumachen geht. Es ist ein Hungereinkommen. Außerdem sind heute die meisten Bauarbeiter bei Arbeitslosigkeit nur noch auf die Wohlfahrtsunterstützung angewiesen. Und wenn der Verfasser dies alles nicht in Rechnung stellt, so zeigt er damit nur, daß auch er aus seiner Unternehmerrhetorik nicht herauskann. Das Glend der Bauarbeiter gilt ihm nichts. Das ist ihm eine belanglose Angelegenheit. Wir sagen: Ein Gewerbe, das den Arbeitern nicht einmal mehr eine kümmerliche Existenz bieten kann, mag einpacken. Es hat seinen Beruf verfehlt. Wir können unter keinen Umständen zugeben, daß die jämmerliche Existenz der Bauarbeiter nach dem Willen der Baugewaltigen zu einer Hungerexistenz in Permanenz herabgedrückt wird!

### Einheitskampffront der RGO.

Am 8. März hat die RGO, Industrie-Gruppe Bau, verschiedene Landeskonferenzen abgehalten, um, wie im bombastischen Moskowerdeutsch angegeben wurde, eine „einheitliche Kampffront aller Bauarbeiter unter revolutionärer Führung der RGO“ zu schaffen. Nach dem Bericht in der „Roten Fahne“ war eine solche Konferenz für den Bezirk Berlin-Brandenburg-Lausitz-Grenzmark von 190 „Delegierten“ beschickt. Es wird vermerkt, daß viele Delegierte aus der Provinz zu dieser Tagung nicht kommen konnten, weil es ihnen an nötigen Fahrgehl gemangelt habe. Ja, und dann hat Friedrich referiert über die Vorbereitungen zum kommenden Frühjahrskampf und zur Schaffung der besagten „einheitlichen“ Kampffront im Baugewerbe. Nach der „Roten Fahne“ soll auch lebhaft diskutiert worden sein, besonders wird die „Aktivität“ der Bauarbeiterjugend gerühmt.

Im übrigen bewegte sich der Vortrag sowie die Aussprache in den schon zum Ueberdruß ausgefahrenen Moskauer Gleisen. Schlagworte und immer wieder Schlagworte, bolschewistischer Zauberspruch für Dumme im Geißel Selbstverständlich wurde auch ein vorher ausgehathetes „Kampfprogramm“ und ein dito „Sturmplan“ der RGO beschlossen; ja, man will sogar mit der Industrie-Gruppe vom Bezirk Wasserkranken bei der Durchführung des Kampfprogramms einen „Wettbewerb“ durchführen. Natürlich wurde auch ein „zentraler, vorbereitender Kampfausschuß“ eingesetzt. Der „Sturmplan“ befaßt, daß die Fraktionsarbeit in allen Verbänden verstärkt werden müsse, und daß kräftig heranzugehen sei an den Auf- und Ausbau der RGO. Alle Bau- und Stempelstellengruppen, alle Orts-Industrie-Gruppenleitungen müssen „wirklich aktiv und kollektiv arbeitende“ Leitungen schaffen. Diese Leitungen sollen bestehen aus dem Obmann, dem Stellvertreter, dem Kassierer, dem Agitprop-, Schulungs- und Literaturmann,

dem Leiter der Jugendgruppe und einem Berichterstatter. Jedes fünfte Mitglied müsse ein Funktionär sein. Zur Durchführung des Sturmplanes wurde darauf aufmerksam gemacht, daß am 29. März in Berlin eine Reichskonferenz der Industrie-Gruppe Bau tagen soll. Bis dahin müßten mindestens 40% des gesteckten Zieles erreicht sein. Mitte Mai müsse der Plan voll erfüllt sein, Ende Mai sollen dann in einer Bezirkskonferenz die Ergebnisse überprüft und Delegierte zu einer neuen Reichskonferenz gewählt werden. Am 15. Juni ist dann der „Abschlusstermin“ und die „Abschlusskontrolle“. Ende Juni 1931 soll dann wieder eine Reichskonferenz der RGO, Industrie-Gruppe Bau, sein. Es wird vermerkt, daß die Industrie-Gruppe Bau die „Führerin“ des Frühjahrskampfes aller Bauarbeiter werden wird.

In einer Entschließung, die selbstverständlich einstimmig angenommen wurde, sind dann die Forderungen der RGO, Industrie-Gruppe Bau, niedergelegt. Merkwürdig daran ist, daß man nunmehr auch eine Lohnspanne zwischen gelerntem und ungelerten Bauarbeitern haben möchte, während man das im Jahre 1923 noch entschieden ablehnte und für alle Arbeiter gleiche Löhne verlangte. Auch gegen einen Tarif erklärt man sich nicht, sondern man fordert im „Programm“ die tarifliche Regelung der Löhne und Lehrlingsfragen. Und immer wieder wird versichert, daß endlich Schluß sein müsse mit der organisatorischen Zersplitterung im Baugewerbe, und daß die „revolutionäre Kampfeseinheitsfront aller Bauarbeiter unter Führung der RGO“ geschaffen werden müsse.

Wir wollen auf die in der genannten Konferenz „einstimmig“ angenommenen Entschließungen nicht weiter eingehen. Sie sind abgefaßt in dem bekannten bombastischen „revolutionären“ Stil und für einen gewöhnlichen Sterblichen vielfach unverständlich. Mit 10 % Eintrittsgeld und 30 % Wochenbeitrag im Höchstfall, 10 % Wochenbeitrag im Minimum soll die Unternehmerrhetorik gestärkt werden. Alles lächerliche Spielerei mit den gewöhnlichen Sterblichen unsichtbaren Untergründen. Zu erwähnen wäre noch, daß man in diese Kampffront der RGO, auch die Kaiser-Lenke einbeziehen möchte. Schlimm steht die Lage für diese „Revolutionäre“ allerdings aus. In der genannten Konferenz wurde Kaiser bereits „entlarvt“, weil er ohne Befragung seiner Mitglieder gegen die einheitsliche Kampffront der RGO, Stellung nimmt. Ganz will man es jedoch mit Kaiser noch nicht aufstecken. Die Leitung des „Bundes der revolutionären Industrieverbände“ hat an Kaiser ein Schreiben gesandt, in dem erklärt wird, daß „unter dem Banner der einzigen gewerkschaftlichen Klassenkampf-Internationale der RGO, auch die Kampfeinheit der revolutionären Gewerkschafter gegen die Klassenfeinde der Arbeiter von Borzig bis Leipzig geschaffen werden“ müsse. Das „Vollzugsbüro der RGO“ schlägt deshalb vor, eine Delegation der Industrieverbände nach Moskau zu schicken, um auf „kameradschaftlicher Basis“ die Frage der „Schaffung einer einheitslichen Kampffront aller revolutionären Arbeiter gegen die Kapitaloffensive und die Beziehungen der Industrieverbände zur Roten Gewerkschafts-Internationale“ zu besprechen. Alle Schritte zur Verstärkung der Kampfkraft des revolutionären Proletariats müßten schnellstens eingeleitet werden. Das Schreiben an Kaiser ist unterzeichnet vom „Vollzugsbüro der RGO“ in Moskau und datiert vom 21. Februar.

Kaiser wird auf dieses Auerbieten jedenfalls nicht eingehen; er möchte stante pede seinen eigenen Laden erhalten. Wie er werden, auch andere (Zimmerer, Akordmaler usw.) ihre eigenen „revolutionären“ Läden aufrecht erhalten wollen, und das ganze Bimborium wird, wie in anderen Gewerben, nur darauf hinauslaufen, in den Reihen der Arbeiter Verwirrung zu stiften zugunsten der wirklich vorhandenen Einheitsfront des Bauunternehmertums. Was die RGO, in anderen Gewerben versucht hat, wird nunmehr auch bei den Bauarbeitern versucht und ist nichts anderes als die Ausführung Moskauer Befehle, als die Zerschlagung der Arbeiterzersetzung im Großformat. Wir sind vollkommen davon überzeugt, daß denkende Bauarbeiter sich diesen Zersplitterungsbestrebungen nicht anschließen werden. Denn wer sich dieser Kampforientation, dieser gewerkschaftlichen Spitzgeburt anschließt, begeht gewerkschaftliches Verbrechen. Und wir machen nochmals darauf aufmerksam, daß alle Mitglieder des Baugewerksbundes, die an solchen Zersplitterungsbestrebungen teilnehmen oder sie zu begünstigen trachten, in unserem Bund nicht geduldet werden. Wir stellen uns eine Einheitsfront der Bauarbeiter anders vor als die Leute auf jener Seite, deren Zielstreben nur darin besteht, die Gewerkschaftsbewegung zu politischen Zwecken zu mißbrauchen und mit Lug und Trug eine „Einheitsfront“ zu errichten, die alles andere darstellt als Einheitsfront und nur als besonderen Neben Zweck verfolgt, die leeren Sädel dieser Revolutionären aufzufüllen und ihrer äußerst fragwürdigen Verhochstufung einer besseren Absicht zu verschaffen. Immerhin, die Wahlen am 14. September haben erwiesen, daß es in Deutschland leider auch unter den Arbeitern noch viel Dumme im Geste gibt. Deshalb Dumme heran! Objekt eure letzten paar Groschen für ein Phantom mit revolutionärem Anstrich zur höheren Ehre bolschewistischer Bonzen und des bolschewistischen Allerkweltverlegers Münzberg! Die Leute brauchen Geld. Und was aus den Bauarbeitern wird, ist ihnen Gottlieb Schutze!

### Zum Etat des Reichsarbeitsministeriums.

Bei Fortgang der Beratung des Etats des Reichsarbeitsministeriums, im Haushaltsausschuß des Reichstags am 5. März, griff wiederholt Kollege Bernhardt in die Aussprache ein. In seinen Ausführungen beschäftigte er sich zunächst mit den Mitteln im Kapitel 3 Titel 3, die zur Unterfütterung und Förderung der Gesundheits- und Arbeitsverhältnisse von Arbeitern vorgesehen sind. Aus den Erläuterungen zu diesem Titel ergebe sich, daß Erhebungen über gewerbliche Hautkrankheiten in Aussicht genommen seien und Untersuchungen bei verschiedenen Industrien angestellt werden sollten. Er bitte um Auskunft, ob in diese Hautkrankheiten auch die Zementkräfte einbezogen ist. Die Erkrankungen hieran stiegen sehr stark. Das zwingt seine Fraktion, die Forderung an den Reichsarbeitsminister zu richten, dieser Krankheitsgrößer Aufmerksamkeit als bisher zu schenken und Untersuchungen anzustellen. Ferner frage er, ob die Untersuchungen über Unfall- und Gesundheitschutz in verschiedenen Industrien sich auf die allgemeine Bauarbeiterschutzesgebung erstreckte. Man habe bisher noch keine einheitliche Gesetz-

gebung. Wohl seien durch Vereinfachung der Unfallverhütungsvorschriften der Berufsgenossenschaften einige Verbesserungen erreicht worden. Am 1. Januar seien schon die neuen Vorschriften für den Hochbau in Kraft getreten und am 1. Juli d. J. würden jedenfalls die neuen Vorschriften für den Tiefbau und Eisenbau in Kraft treten. Es fehle aber immer noch ein Reichsbauarbeitergesetz, das seit Jahrzehnten von den Bauarbeitern gefordert werde. Sei auch manches erreicht worden, so liege doch der sogenannte sanitäre Bauarbeiterschutz sehr im Argen. Das gehöre zum Aufgabenkreis der Behörden. Der Staat habe bisher nichts getan, um die Zersplitterung auf diesem Gebiet zu beseitigen. Dazu sei eigentlich die Möglichkeit auf Grund der Gewerbeordnung gegeben. Heute schaffe jedes Land besondere Vorschriften, es gebe Mustervorschriften heraus, die angewendet werden müßten. Die Ausführung sei aber Aufgabe der einzelnen Polizeibehörden. An sich sei es falsch, von einer Fürsorge zu sprechen. Wenn beispielsweise die Bauarbeiter, anstatt im Wind und Wetter ihre Mahlzeiten einnehmen zu müssen, hierfür geschützte Räume haben, so sei das nicht nur Fürsorge, sondern die Erfüllung eines Menschenrechts. Man habe eine große Menge von Polizeivorschriften, die alle durcheinander liefen. Bisher sei nichts Einheitliches geschaffen worden. Im praktischen Leben sei schon vieles besser geworden, als in den Polizeivorschriften enthalten sei. Der preussische Wohlfahrtsminister habe das auch anerkannt. In einer Eingabe der Bauarbeiterschuttskommission für Berlin-Brandenburg seien die Mißstände festgestellt worden. Der preussische Wohlfahrtsminister habe auf diese ihm zugegangene Eingabe erklärt, der darin enthaltene Tatbestand könne nicht bestritten werden. Preußen wolle sich zusammen mit dem Reich bemühen, eine Vereinheitlichung für Bestimmungen auf diesem Gebiet zu erreichen. In einem Erlaß habe der preussische Wohlfahrtsminister gesagt: „Der Erlaß der neuen Vorschriften (gemeint sind die Unfallverhütungsvorschriften der Berufsgenossenschaften) macht eine Prüfung notwendig, inwieweit die geltenden baupolizeilichen Vorschriften über den Arbeiterschutz auf Bauten an sie angelegten und inwieweit die baupolizeilichen Vorschriften ergänzt werden müssen, um ein lückenloses materielles Bauarbeiterschutzrecht zu erhalten. Als Ergebnis dieser Prüfung wird im Einvernehmen zwischen dem Reichsarbeitsministerium und den Ländern eine Musterverordnung ausgearbeitet werden. Neben den Vorschriften über den Arbeiterschutz auf Bauten sind einheitliche Vorschriften über die Arbeiterfürsorge auf Bauten in Aussicht genommen.“ Das sei bereits am 9. Januar 1930 geschehen. Man habe aber seitdem nichts mehr gehört. Seien diese Arbeiten aufgenommen, wie es in dem Bericht des preussischen Wohlfahrtsministers respektieren sei und wie weit sind sie geblieben? Wenn sie aufgenommen seien, bitte er dringend darum, daß die Vertreter der Arbeiterschaft gehört werden.

Im weiteren Verlauf der Aussprache verweist Kollege Bernhardt auf das Beispiel Thüringens, wo im vergangenen Jahre zwar 19 Millionen Mark an Hauszinssteuermitteln aufgebracht, aber nur 794 000 M für den Wohnungsbau verwandt worden seien, und bittet um Prüfung der Frage, ob hier nicht gegen Reichsbestimmungen verstoßen worden sei. — Von den Reichsgrundbesitzern für den Kleinwohnungsbau behauptet Redner, sie seien zu sehr auf den augenblicklichen Finanznotstand zugeschnitten. Es sei zu befürchten, daß die nach diesen Grundbesitzern errichteten Wohnungen bei Wiedereintritt normaler Verhältnisse nicht mehr zu vermieten seien. Bad- und Nebenräume seien durchaus kein Luxus, vielmehr notwendige Einrichtungen in einem Staat, der auf Kultur Anspruch erheben wolle. Redner verweist auf die Tatsache, daß trotz Absinkens des Bauindex um mehr als 20 Punkte eine Verstärkung der Bautätigkeit nicht zu bemerken sei. Neben den hohen Kapitalzinslasten seien aber die Baukosten der erhebliche Kostenfaktor. Bei den Vernehmungen der Sachverständigen und der Zeugen im Reichswirtschaftsrat habe man sehr oft festgestellt können, daß das Vorhandensein von Kartellen und Syndikaten zu einer erheblichen Verteuerung der Bauten geführt habe. In dem Zusammenhang sei auch eine Stellungnahme des Reichsarbeitsministeriums zu den immer wieder geforderten Zöllen für Bauholz dringend notwendig.

### XI. Sitzung des Ausschusses des ADGB.

Der Bundesausschuß des ADGB, tagte am 10. März im Berliner Gewerkschaftshaus. Aus den Mitteilungen des Bundesvorstandes wäre zu erwähnen, daß der Vorsitzende Leipzig auf die nationalsozialistische Propaganda gegen die Konsumvereine hinwies; die Gewerkschaften müßten ganz entschieden dagegen auftreten. An der Arbeitsruhe am 1. Mai sei festzuhalten, und zwar sei früher überall dort, wo es ohne wirtschaftliche Schädigung möglich ist. Die Verabschiedung des Berufsausbildungsgesetzes soll beschleunigt werden. Ein gemeinsamer Ausschuß, der die sozialen Auswirkungen der Rationalisierung untersuchen soll, soll eingesetzt werden. Seit Januar erscheint ein Nachrichtenendienst über Tarif- und Lohnbewegungen. Auf dem Gewerkschaftskongress in Frankfurt sollen die Forderungen des Vorstandes wieder in einem Sammelwerk eingehend begründet werden.

In der Aussprache wurden Einwände gegen den Bericht des Bundesvorstandes nicht erhoben. Angeregt wurde, daß die Ortsausschüsse in diesen schlechten Zeiten ihre Ausgaben auf das Mindestmaß beschränken müssen. Ihr Weiserbestehen sei jedoch unbedingt notwendig und die Ortsbeiträge müßten an die Ortsausschüsse gezahlt werden.

Zur allgemeinen Lage sprach ebenfalls Leipzig. Unter anderem berichtete er auch über die bekannte Besprechung der Gewerkschaften mit Hindenburg und dem Reichskanzler. Das Arbeitsbeschaffungsprogramm Hördings deckt sich zum Teil mit längst erhobenen Forderungen der Gewerkschaften, zum andern Teil aber sei es undurchführbar, weshalb sich die Gewerkschaften nicht vollinhaltlich auf den Boden dieses Programms stellen können. Die Gewerkschaften haben sich in der Konferenz mit dem Reichspräsidenten ganz entschieden gegen den Lohnabbau gewendet und die Arbeitszeitverkürzung gefordert. Die Schwierigkeiten zur Durchführung der Arbeitszeitverkürzung seien keineswegs unüberwindlich. Die vorgelegte Entschließung geht über die Oktoberentscheidung in dieser Richtung hinaus. Es müsse eine dauernde Verkürzung der Arbeitszeit in Aussicht genommen werden, wenn man der wirtschaftlichen und technischen Entwicklung wirksam Rechnung tragen wolle. Gegen den geplanten Lohnabbau muß der Bundesausschuß wiederum Stellung

nehmen. Erwähnt seien Verhandlungen des IGB. mit der Internationale der Bergarbeiter, die sich mit der Arbeitszeitregelung im Bergbau beschäftigen. Eine Schlichtzeit von mehr als sieben Stunden für die Bergarbeiter würde dem Gedanken einer weitergehenden Verkürzung der Arbeitszeit Abbruch tun. Die Bergarbeiter müßten daher bei ihrer Forderung nach einer siebenstündigen Arbeitszeit beharren.

In der Aussprache wurde betont, daß die Verkürzung der Arbeitszeit das Primäre sei. Sie müsse unbedingt von den Gewerkschaften in den Vordergrund gerückt werden. Alle Redner waren einmütig der Auffassung, daß die Gewerkschaften in der heutigen Lage nicht mit der erfolglosen Kraft vorgehen können, die sie unter anderen wirtschaftlichen Verhältnissen aufbringen könnten. Aber die Rücksichtslosigkeit, mit der die Unternehmer die gegenwärtige Notlage der Arbeiterschaft auszunutzen und damit das Elend steigern, diese brutale Machtpolitik dürfe ihnen unter keinen Umständen verzeihen werden. Die Gewerkschaften werden zu gegebener Zeit ihren Wegnern beweisen, daß sich ihr Kampfeswille durch die jetzige Krise zwar nicht voll entfalten kann, daß er aber ungebrochen ist und zu gegebener Zeit die ganze Kraft der Organisationen einsetzen wird, um etwa verlorenes Gelände wiederzugewinnen. Nachstehende Entschlüsse wurden einstimmig angenommen:

Zur Arbeitszeitfrage: „Der Bundesausschuß erhebt erneut die Forderung nach Verkürzung der Arbeitszeit als einzigem sofort wirksamen Mittel, um dem Fortschreiten der Arbeitslosigkeit Einhalt zu tun und die vorhandenen Arbeitslosen allmählich wieder in nützliche Beschäftigung zu bringen. Er verpflichtet alle Gewerkschaften und ihre Mitglieder, mit größerem Nachdruck als bisher für die Verwirklichung dieser Forderung einzutreten. Der Bundesausschuß erinnert daran, daß er bereits im Oktober 1930 die geforderte Einführung der 40stündigen Arbeitswoche mit einem allgemeinen Zwang zur Einstellung neuer Arbeitskräfte im Ausmaße der Arbeitszeitverkürzung gefordert hat. Diese Forderung hat zwar in der Öffentlichkeit volle Beachtung gefunden und ist auch in einer Reihe von Einzelbetrieben durch Verständigung zwischen Arbeitern und Unternehmern praktisch durchgeführt worden. Die Reichsregierung aber hat bisher nicht zu erkennen gegeben, daß sie einen ernsthaften Schritt zur allgemeinen Verkürzung der Arbeitszeit zu tun gedenkt. — Indem der Bundesausschuß wiederholt auf die wirtschaftliche und seelische Not der Millionen Arbeitslosen verweist, lenkt er zugleich die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit darauf, daß die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt nicht nur eine vorübergehende, sondern eine dauernde Verkürzung der Arbeitszeit erfordert, um die Arbeitslosigkeit selbst bei besserer Konjunktur auf alle vorhandenen Arbeitskräfte gerecht zu verteilen. Aus diesem Grunde erhebt der Bundesausschuß schärfsten Protest dagegen, daß bis in die jüngste Zeit von den staatlichen Schlichtungsstellen Schlichtsprüche gefällt und zwangsweise durchgeführt wurden, die sogar eine Arbeitszeit über 48 Stunden auch für die Zukunft festgelegt haben. Um so eindringlicher muß die Forderung an die Reichsregierung und an den Reichstags wiederholt werden, baldigst ein neues Arbeitszeitgesetz zu schaffen, das den Erfordernissen der Zeit entsprechend die regelmäßige Arbeitswoche auf fünf Tage oder 40 Stunden beschränkt.“

Zur Lohnfrage: „Trotz aller Warnungen und Proteste der Gewerkschaften ist dem Drängen der Unternehmer entsprechend mit Hilfe des staatlichen Schlichtungszwanges die Lohnsenkung in ungezählten Fällen durchgeführt worden, mit allen schlimmen Folgen, die von den Gewerkschaften immer vorausgesagt wurden. Statt der in Aussicht gestellten Belebung der Wirtschaft ist die Arbeitslosigkeit gerade infolge der Kaufkraftvernichtung erheblich weiter gestiegen. Die Unsicherheit der Existenz der Massen und die ungeheure Not der Arbeitslosen sind bedrohliche Gefahren für die Forderung der Gewerkschaften nach der Erhaltung des Lohnniveaus liegt dagegen nicht allein im Interesse der Arbeiterschaft. Löhne und Gehälter sowie die Summen aus der Erwerbslosen-, Krisen- und Wohlfahrtsunterstützung fließen unmittelbar und reißlos in den Konsum zurück und bilden durch ihren Umlauf einen beständigen Antrieb des wirtschaftlichen Lebens, namentlich aber die Grundlage der Existenz weite Kreise der Handels- und Gewerbetreibenden. Der Bundesausschuß erhebt deshalb erneut seine warnende Stimme und fordert sowohl von der Reichsregierung, wie von allen öffentlichen Gewalten, den bisherigen Druck auf die Löhne sofort einzustellen und statt dessen fortan der Arbeiterschaft den Schutz zu gewähren, den andere weniger gefährdete Volksschichten für sich in Anspruch nehmen.“

Dem Memelländischen Gewerkschaftsbund soll empfohlen werden, sich dem IGB. anzuschließen. Der Bundesvorstand schlägt vor, anlässlich der Internationalen Bauausstellung in Berlin einen Bauarbeiterkongress abzuhalten. Die meisten der beteiligten Verbände haben diesem Gedanken bereits zugestimmt. Vor allem soll die Öffentlichkeit nachdrücklich auf die Notwendigkeit der Vereinheitlichung des Bauarbeiterlohnes hingewiesen werden. Dem Gesamtverband, der Angestellte zu seinen Mitgliedern zählt, wurde gefordert, für diesen Teil seiner Mitglieder Beiträge an den IGB-Bund zu entrichten. Im Schlußwort betonte Leipart die wachsende Not und die Sorge der Gewerkschaften. Trotz alledem hätten die Gewerkschaften keinen Anlaß zur Mutlosigkeit. Ihre Pflicht sei, die Sorge der Massen auf sich zu nehmen und die Schaffen der Mutlosigkeit auch aus den Reihen der von stärkstem wirtschaftlichen Druck gequälten Arbeiterschaft zu bannen!

Geschlossen oder getrennt?

Was hätten wir von einer zerrissenen Gewerkschaft zu hoffen? Wenn man die wüste Arbeit der kommunistischen Quertreiber für ihre vielgepriesene RGO. betrachtet, so möchte manch Einfältiger glauben, dies wäre der Weg zur Rettung aus allem Ungemach. Wenn wir aber der Sache auf den Grund gehen, vor allem bei der Prüfung der bisherigen Tätigkeit der Moskauer Heilsbringer, dann ergibt sich für uns ein ganz anderes Bild. Deutschland wäre nicht der erste Staat, in dem diese Gewerkschaftszersplitterer fruchtbareren Boden fänden; es gibt verschiedene Staaten, in denen sich die Früchte der kommunistischen Zersplitterungspropaganda bereits deutlich gezeigt haben.

Erinnert sei nur an Italien. Dort erleben wir gleich nach dem Kriege einen lebhaften gewerkschaftlichen und sozialistischen Aufschwung. Es war Mussolini, der dann die italienische Arbeiterschaft unter die faschistische Krone

brachte, ihre Führer hinmorden ließ und die Arbeiterbewegung um viele Jahrzehnte zurückwarf. Wie war das möglich? Neben dem gewerkschaftlichen und sozialistischen Aufschwung fand auch die Moskauer Lehre reichen Boden. Durch diese Wühlarbeit wurden die Gewerkschaften zerrissen und ohnmächtig gemacht. So kam es, daß Mussolini triumphieren konnte. Wäre in Italien diese trostlose Zerrissenheit in der Arbeiterbewegung nicht gekommen, wäre eine geschlossene, geeinte Masse Mussolini entgegengetreten, dann wäre vielleicht der berühmte Marsch nach Rom zur Erfolglosigkeit verurteilt gewesen, genau wie bei uns im Jahre 1920 der Kapp-Putsch.

Ich möchte noch von Frankreich reden. Dort habe ich persönlich fünf Jahre lang die Wirkung der kommunistischen Zersplitterungsarbeit beobachten können. Vorher hatte ich geglaubt, in Frankreich müßten viel bessere Verhältnisse bestehen als in Deutschland; denn Frankreich ist das Land, in dem schon vor über 100 Jahren die Ideale der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit gepredigt worden sind. Deshalb glaubte ich auch, in Frankreich eine gut aufgeklärte und klassenbewußte Arbeiterschaft vorzufinden. Auch glaubte ich, bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse dort anzutreffen als in Deutschland, zumal dort immer reichlich Arbeit vorhanden war.

Meine Erfahrungen lehrten mich etwas anderes. Einen baugewerblichen Reichsarbeitervertrag wie in Deutschland gibt es in Frankreich nicht. Tarifverträge gibt es nur in staatlichen oder städtischen Betrieben. Auch in den Berg- und Hüttenbetrieben und in der Textilindustrie bestehen Tarife,

Gewerkschaftsbewegung im IGB. fest vereinigt ist, eine politische Zersplitterung der Gewerkschaften werde in Deutschland nicht Fuß fassen können. Bei meiner Rückkehr beobachtete ich die Zersplitterungsarbeit der RGO. Soll es bei uns auch soweit kommen wie in Frankreich? Sollen unsere Organisationen, die wir in langen Jahren mit großer Mühe und vielen Opfern aufgebaut haben, wieder niedergedrückt werden? Wollen es die Kollegen zugeben, daß unsere Erwerbslosen in nichts zerfallen und unsere Bewegung gleichfalls wie in Frankreich um 40 bis 50 Jahre zurückgeschleudert wird? Daß wir die gleichen Verhältnisse bekommen, wie sie die Franzosen oder gar die Italiener haben? Unsere älteren Kollegen waren an unserer Aufbauarbeit stark beteiligt. Sie können sich erinnern, wie hart es war, unsere Gewerkschaften zu dem zu machen, was sie heute sind, und die Jüngeren können es lesen oder erfahren von den alten Kollegen. Parteipolitisch sind die Arbeiter in Deutschland heute schon in jeder Weise zerrissen. Viele schwören heute zur RPD. und viele sogar zu den Nazis. Gewiß, die Mehrheit hält noch wie vor zur Sozialdemokratie. Doch davon abgesehen. In der Gewerkschaft hatten wir bisher Einheit und Einigkeit, und deshalb richtete ich an unsere Kollegen die Mahnung, neben dem Kampf gegen das profitorientierte Unternehmertum auch nicht den Kampf gegen die Zersplitterungsarbeit der deutschen Faschisten und der Leute von der RGO. zu vergessen. Sie sind die Stetigbüchhalter der Reaktion, und ihre Nachläufer sind inoffiziellere Menschen. Darum beherzigt alle: Nur durch Einigkeit kommen wir zur Macht!

Zaver Sahn.

Die inoffiziellen Schmerzen einer Baugewerkschaftsberufsgenossenschaft.

Im Amtsblatt der Bayerischen Baugewerkschaftsberufsgenossenschaft, „Der Hochbau“ Nr. 5 vom 7. März, wird in einem Aufsatz „Zur Katastrophe des Baugewerbes“ gesagt: „Und zum Schluß: Wo bleibt im Baugewerbe der unbedingt notwendige Lohnabbau? Wir haben Akkordsätze, die den Maurer etwa 100 bis 150 % über seinem Stundenlohn von 1,38 M verdienen lassen. Also Stundenlöhne von 2,70 M, ja von 4 M. Muß das sein? In einer Zeit, da der Maurer sofort, wenn er angestellt wird, wegen der Erwerbslosenunterstützung zum Arbeitsamt stempeln gehen kann? Die Löhne müssen niedriger, die Herstellungskosten im gleichen Maße gesenkt werden!“

Das ist das wahre Gesicht der Bayerischen Baugewerkschaftsberufsgenossenschaft in München. Auch sie ist vom Lohnabbau furchtbar erschüttert, obwohl sie so etwas gar nichts angeht. Und wenn sie klagt über die „hohen“ Löhne, die vielfach nur unmenschlicher Akkordschusterei zu verdanken sind, so sollte sie ein bißchen tun und für ein Verbot der Akkordschusterei eintreten. Der Bauernfall dürfte dann jedenfalls weniger werden. Im übrigen sind die in dem Blatt genannten angeblich erzielten Stundenverdienste viel zu hoch angegeben. Ferner dürfte dem Verfasser bekannt sein aus einer Aufstellung über Einnahmen und Ausgaben eines Bauarbeiters, sei er Maurer oder Hilfsarbeiter, daß sich ein Arbeiter nur gerade so viel leisten kann, als er zum Leben braucht. Aber diese Herrschaften sind eben arbeiterfeindlich eingestellt. So liegt ihnen die beschränkte Erwerbslosenunterstützung, die die Bauarbeiter beziehen, sehr im Magen. Was dies alles mit den eigentlichen Aufgaben einer Baugewerkschaftsberufsgenossenschaft zu tun hat, ist uns schleierhaft. Im übrigen wäre dem Verfasser des genannten Aufsatzes zu wünschen, daß auch er einmal in die Lage eines Bauarbeiters gerät, um dann zu erleben, wie sparsam mit dem „hohen“ Wochenverdienst umgegangen werden muß, um sich so eben durchzukämpfen. Hat übrigens der Verfasser schon mal an den Abbau seines eigenen Gehalts gedacht? In Stundenlöhne umgerechnet, dürfte dieses Gehalt wohl bedeutend höher sein, als der Verdienst eines akkordschindenden Maurers oder Hilfsarbeiters. Doch, Bauer, das ist wohl etwas anderes . . .

Erhöht euer Wissen! Werdet lehnend!

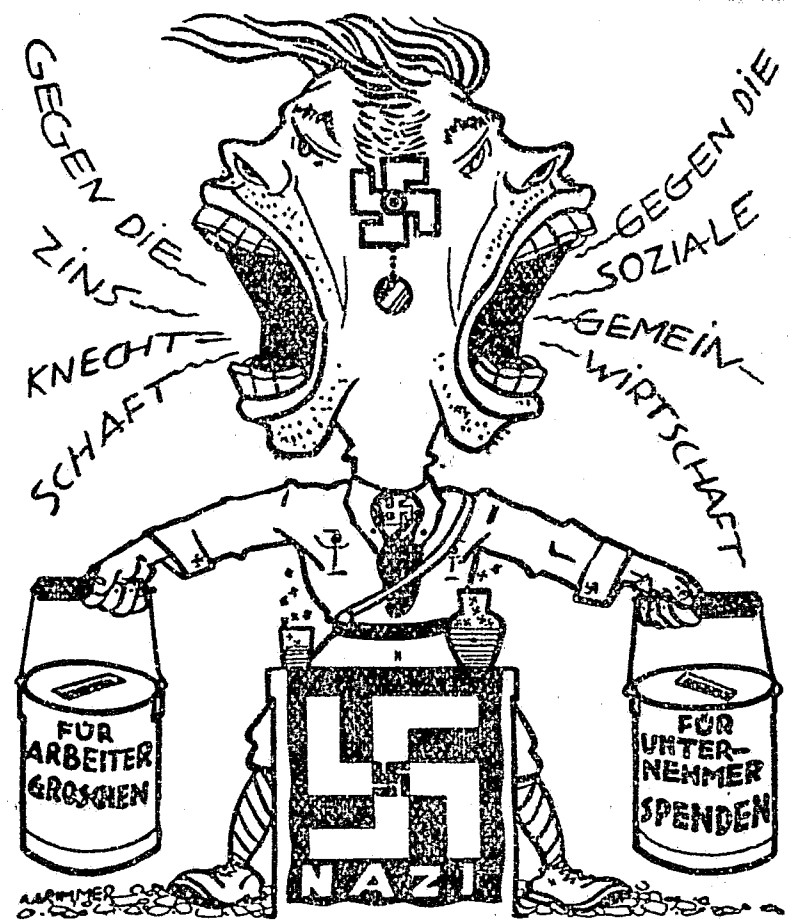
Der Deutsche gleicht dem Sklaven, der seinem Herrn gehorcht, ohne Fessel, ohne Peitsche, durch das bloße Wort, ja durch den Blick. Die Knechtschaft ist in ihm selbst, in seiner Seele; schlimmer als die materielle Sklaverei ist die geistige Sklaverei. Man muß die Deutschen von innen befreien, von außen hilft nichts. Heinrich Heine.

Das vorstehende Zitat unseres großen Dichters Heinrich Heine enthält, obwohl scharf formuliert, dennoch einen durchaus berechtigten Kern. Heinrich Heine sagt, man müsse die Deutschen von innen befreien. Damit meint er in erster Linie den Kampf um die geistige Befreiung. Dieser Kampf soll mit echter Erkenntnis und wahrem Wissen ausgestattete Menschen schaffen. Damit fällt dann auch der von Generation zu Generation vererbte Sklavensinn. Es ist schon richtig: Wissen ist Macht und Bildung macht frei! Wenn es aber so ist, dann muß die organisierte Arbeiterschaft von der Möglichkeit, sich zu bilden, überall regen Gebrauch machen. Jeder Arbeiter sollte seine freie Zeit dazu benutzen, sein Wissen durch Lesen der Arbeiterpresse und guter Bücher zu bereichern. Neben der Zeitung Bücher! Sie werden der organisierten Arbeiterschaft in den in allen großen und auch in vielen kleineren Orten vorhandenen Gewerkschafts- oder Parteibüchereien zumißig kostenlos geboten. Da sich der Staat nach Beendigung der Schulzeit so gut wie gar nicht mehr um die Erwachsenenbildung kümmert, ist es Aufgabe dieser Büchereien, der Arbeiterschaft wertvolles, geistiges Gut zu vermitteln. Jeder Leser wird dort etwas für seine Ansprüche finden.

Besonders zu erwähnen wäre neben den Büchern der Wissenschaft, die den Arbeiter dem Sozialismus näher bringen, die Antikriegslektüre. Dieses Thema ist heute besonders aktuell. Viele Arbeiter haben leider die Kriegs- und Hungerjahre schon wieder vergessen. Jeder proletarier sollte deshalb diese Bücher lesen, um so mehr, da die Kriegsheer schon wieder am Werke sind, uns in einen Bürger- oder in einen neuen Weltkrieg zu stürzen. Wohl jede Bücherei enthält Antikriegslektüre, ebenso freigeistige, sozialistische und freigewerkschaftliche Bücher. Auch Werke über Astronomie, Naturwissenschaft und gute Romane sind vorhanden.

Vor allem sollten unsere erwerbslosen Kollegen ihre durch Arbeitslosigkeit bedingte „Freizeit“ durch Lesen guter Bücher ausnützen. Lest gute Bücher und ihr werdet lehnend!

R. S. Zeman.

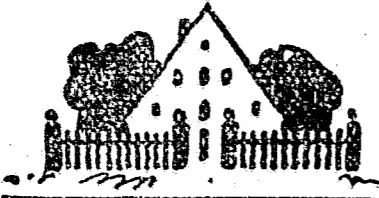


Politisches Sanngebilde.

aber wenn sie der Unternehmer nicht einhält, dann läßt sich dagegen wenig machen, zumal man dort eine Allgemeinverbindlicherklärung solcher Verträge nicht kennt. Besonders schlimm bestellt ist es im Baugewerbe. Dort findet man höchstenfalls Tariftarife in den nördlichen Großstädten. Im Süden dagegen ist alles Bruch. Und auch im Norden sind Tarife nur möglich in Betrieben, wo die Arbeiterschaft geschlossen auftritt. Man kennt dort weder Baubelegierte noch Betriebsräte, auch von Bauarbeiterchun oder gar Baukontrollen ist in Frankreich nichts zu merken. Es gibt da und dort Inspektoren, die jeder für sich ein ganzes Departement zu kontrollieren haben.

Woher kommt diese Ohnmacht der Arbeiterschaft? Im Jahre 1920 ist es den Moskauern gelungen, die französische Gewerkschaftsbewegung zu zerschlagen. Durch die überradikale Unerkunst wurde die im Aufblühen begriffene Bewegung stark gehemmt und teilweise vernichtet. Damit haben die Ultraradikalen die französische Arbeiterschaft dem Unternehmertum gebunden ausgeliefert. Heute ist es kaum noch einem Organisationsvertreter möglich, mit einem Unternehmer zu verhandeln. Er muß es sich widerspruchslos gefallen lassen, wenn ihn der Unternehmer von der Arbeitsstelle weiß, noch dazu unter dem schallenden Hohngeklächer der Indifferenten, die seit der Zerschlagung der französischen Gewerkschaftsbewegung die überwiegende Mehrheit der Arbeiterschaft bilden. Und wenn man heute von großen Streiks in Frankreich hört, so steckt niemals allzuweit dahinter. Die Beiträge, die die Gewerkschaften dort erheben, sind so niedrig, daß es unmöglich ist, eine Streikkasse zu füllen. Dann wird bei Streiks gesammelt. In der Regel wird gesammelt, wenn es schon zu spät ist. Nur dort, wo in den Betrieben eine gewerkschaftlich geeinte Belegschaft besteht, die nicht nach den Befehlen Moskaus handelt, ist es noch möglich, auf die Unternehmer einen Druck auszuüben. Was sonst an Streiks in Frankreich vorkommt, sind wilde Streiks unter Hinzulegung der Indifferenten nach Moskauer Muster, die mit großem Kriegsgeschrei begannen, mit Demonstrationen verknüpft werden, die zu Zusammenstößen mit der Polizei und zu Verhaftungen führen, vielfach auch zum Blutvergießen, und dann wird wieder „heimlich, still und leise“ die Arbeit aufgenommen mit dem Endresultat, daß eine Anzahl Familienväter gemahregelt auf dem Platz bleiben und andere einige Monate Gefängnis abstrafen müssen. Die ganze Aufmachung ähnelt jener, die die deutschen Kommunisten in ihrer berühmten RGO. anstrebten. Man führt 24stündige, 12stündige, 6stündige, auch 2stündige General- oder Sympathiestreiks, glaubt damit wunder was verrichtet zu haben, und im übrigen kümmern sich die Unternehmer um solche „Demonstrationen“ einen Deibel.

Das ist das Werk Moskaus! Es hat die französische Arbeiterbewegung zerstört. Erst seit einigen Jahren beobachten wir wieder Anfänge einer zielbewußten Gewerkschaftsbewegung. Als ich noch in Frankreich arbeitete, konnte ich den Franzosen sagen, daß in Deutschland die



# Unterhaltung und Wissen



## Ein merkwürdiger Bauherr.

Ja, das war ein merkwürdiger Bauherr, bei dem ich mit Gesellen und Handlangern in meinem zweiten Lehrjahr in der Gildenstraße zu Braunschweig beschäftigt war! Er war ein reich gewordener Schlachtermeister und hatte eine alte Brauerei gekauft, um sie in eine Wurstfabrik umwandeln zu lassen. Dabei wurde ein Gebäude gänzlich abgerissen und das andere umgebaut. Dieser Bauherr sagte zu jedem „du“, ganz gleich, ob er einen Maurermeister, einen Gesellen oder einen Hilfsarbeiter vor sich hatte. Er kannte nur eine Sprache: das liebliche braunschweigische Platt. Aber er war reich. Und daß er Geld hatte, ließ er jeden merken. Nach dem Preis fragte er nie. Wenn die Arbeit fertig war, bekam jeder sein Geld in Gold ausgezahlt, aber mit 10 % Abzug. Das war so bei ihm Mode. Ob diese 10 % Abzug schon vorher bei der Preisstellung einkalkuliert waren, weiß ich nicht.

Eine drollige Episode an jenem Umbau ist mir noch heute in grossem Gedächtnis. Drei Dachdecker waren bei den sehr großen Schieferdächern mit Ausbesserungsarbeiten beschäftigt. Der eine von ihnen hatte auf dem Boden die Schiefer zuzuhauen und den beiden anderen auf das Dach hinauszutragen. Ihm fiel auch die Aufgabe zu, das Warnungszeichen zu geben, falls der Bauherr käme. Dann rief er ihnen zu: „Frische kommt!“ dann wurde emsig darauflos gearbeitet. Aber eines Tages war es sehr heiß und der Mann im Dachboden, dem es am heißesten war, holte sich eine Flasche Bier. Auf dem Dach jedoch waren die zwei anderen Dachdecker bei ihrer Arbeit eingetauscht. Und so gelang es dem Bauherrn, sich an die drei bummelnden Sünder heranzupirschen. Auf einmal klang es in ihrer unmittelbaren Nähe: „Jawoll, Frische ist schon da, ihr Tagediebe, ihr Spitzbuben, ihr Summler! Das gibt 10 % Abzug!“

Das war so seine Mode. Mit 10 % Abzug war er nur so umher. Und die Arbeiter ließen sich das gefallen; denn von einer Organisation, die die Belange der Arbeiter zu schützen berufen war, wußte man damals noch sehr wenig. Aber unser Schlachtermeister konnte auch manchmal gut gelaunt sein. Wenn er sah, daß ich aus einem Laden die Frühstücksbrot holte, dann kam es vor, daß ich den Gesellen und Hilfsarbeitern das dafür verausgabte Geld, aus seinem Portemonnaie gezahlt, wieder zurückgeben mußte.

Aber eins konnte er nicht vertragen: Das war das Stehlen. In dieser Beziehung war er auch äußerst mißtrauisch. In der alten, abbruchreifen Brauerei waren viele Kupfer und Bleirohre verwendet worden. Durch den Kauf gehörte dies ebenfalls alles unserem Bauherrn „Frische“. Manches davon wurde verkauft, manches sollte am Umbau Verwendung finden. Na, und da nahm eines Tages ein Hilfsarbeiter einen Maurerhammer und wollte sich ein Bleirohr im Keller „für eigenen Gebrauch“ abhauen. Er wußte nicht, daß das Rohr unter Wasserdruck stand. Und als er dann mehrere Male zugeschlagen hatte, spritzte natürlich das Wasser heraus und überprüdelte unseren braven Kollegen. Da kam auch schon der Bauherr hinzu und nun war nichts mehr zu verstauchen. Er nahm ein Latzenstück und verprügelte den Spitzbuben gottschämmerlich. Das gestohlene Metall mußte er wieder herbeischaffen und dann wurde er entlassen. Zur Anzeige gebracht wurde er nicht.



„Jawoll, Frische ist schon da, ihr Tagediebe...“

Unseres Bauherrn „Frische“ ständige Redensart war, wenn er sich gedregert hatte: „Am besten hätte ich getan, mein Geld in ein blaues Leinwand Taschentuch zu wickeln und in die Ocker zu schmelzen!“ Er hat es nicht getan; er hat sein Geld dennoch lieber im Wertschrank gelassen.

Zu einer Wurstfabrik gehören auch große Tröge zum Fleischsalzen. Die müssen im Keller angebracht werden. Der Keller war natürlich sehr dunkel, aber von Gas wollte unser „Frische“ nichts wissen, auch nichts von Petroleum; der Geruch hätte auf das Fleisch übergehen können. Deshalb erhielt jeder Maurer eine Kübel-Lampe mit in den Keller. Aber die Lampe sollte 8 Stunden brennen. Zog man jedoch den Doch wacker heraus, dann brannte die Lampe heller und natürlich nicht so lange. Da unser Bauherr „Frische“ jedoch eine ständige fürchterliche Angst vor dem Bestehlen hatte, gab er eine Petroleumlampe zum Nachfüllen nicht mit. Kam ich dann vor Ablauf der festgesetzten 8 Stunden mit meiner Lampe zu ihm, um sie neu füllen zu lassen, dann räsonierte er ganz fürchterlich und sagte, die Maurer nähmen das Öl mit und nun mögen sie im Dunkeln sitzen. Na, das ließen sich unsere Maurer und auch ich nicht zweimal sagen. Im

Keller wurde ein bequemer Liegeplatz zurechtgemacht und dann schlummerte man, wenn das Öl zur Keige gegangen war, recht gemächlich im Dunkeln. Wenn dann aber unser „Frische“ jemand beim Schlafen antraf, dann machte er schrecklichen Krach und das Ende vom Liede war, der Meister mußte kommen, und dann gab es die berühmten 10 % Abzug.

Vier Monate hatten wir an dieser Baustelle zugebracht. Auch diese Arbeit nahm einmal ein Ende. Aber des kurtosen Bauherrn wegen ist mir diese Baustelle noch grell im Gedächtnis.

Edgar Hemme.



## Abrüstung?

Wie haben in Genf sie gefesselt und gehandelt  
Und jeden Abrüstungsgedanken verschandelt —  
Auguren, mit lüchelnden Mienen!  
Aalglatt und nach diplomatischer Sitte  
Sagt hüflichst der eins zum andern: „O bitte,  
Nacht Ihnen!“

Doch gilt es, auf neue Kriegswaffen zu sinnen,  
Sucht jeder den Vortritt behend zu gewinnen —  
Hier wird rasch gehandelt! Nur Friede  
Ist für diese Herren kein Grund zum Bemühen,  
Denn schließlich: Es brauchen die Kriegsindustrien  
Profite!

Flugzeuge baut England — so war jetzt zu hören —  
Die spickt man schon mit sechs Maschinengewehren.  
Hier ist John Bull glatt überlegen.  
Wie wird einst im Krieg den Erfinder man loben,  
Er schickt dann nach rühmlichem Vorbild von oben  
Den Segen!

Soll darum ein Tag der Abrüstung uns dämmern,  
So können nur wir den Gedanken einhämmern  
Der Menschheit, bis er fest verankert!  
Denn glaubt, in den Händen der Zukunftdiplomaten  
Bleibt dieser Gedanke, den Völkern zum Schaden,  
Ein Banker!

Max Vollmann.



## Ein Mißverständnis.

Es war nach der Inflation. Ich arbeitete mit mehreren Kollegen am Verwaltungsgebäude eines Werkes. Damals litt ich an kleinen Blufgeschwüren dermaßen, daß ich oft nur drei Tage in der Woche arbeiten konnte. Bei einer Wöhnung fragte mich der wirklich menschenfreundliche Bauarbeiter, ob ich nicht leichtere Arbeit verrichten könnte; er hätte eine schöne Beschäftigung für mich.

Solche Angebote werden Bauhandwerkern selten gemacht. Ich nahm an und ging am anderen Tage wieder zur Arbeit, obwohl die Geschwüre mich sehr peinigten. Morgens sagte der Polter, der anscheinend Bescheid wußte, ich solle, weil der Junge gerade zur Schule oder mit Rapporten unterwegs war, den Ofen anstecken und den Kaffee für die Belegschaft aufbrühen.

Weshalb soll man wohl nicht auch in älteren Jahren mal Budenjunge sein! Also ran an den Feind! Nachdem die Bude in Ordnung war, machte ich mich mit den Kannen und Kännchen, deren ich einige in einen sonst unbrauchbaren leeren Eimer stellte, zur Heißwasserleitung auf. In jedem Kännchen befand sich der gemahlene „Mokka“. Ich brühte in jedem Kännchen natürlich besonders auf. Die Belegschaft war sehr zufrieden mit diesem Budenjungen.

Nach der Pause erhielt ich dann meine Beschäftigung. Ich kann es ja verraten: ich habe Küstbretter benagelt und würde diese Arbeit gern mein Lebenslang tun. Am anderen Morgen war dann der Junge, ein Praktikant, wieder da und nahm mir mein Budenjungenamt ab. Ich nagelte meine Bretter weiter und freute mich des Lebens. Pötzlich kommt der Junge zu mir und fragt, wie ich die vielen Kannen fortgeschafft hätte. Ich sagte, ohne mir dabei etwas zu denken: „Im Eimer.“

An dieses Wort sollte ich bald darauf erinnert werden. In der Pause holte jeder seine Stullen raus und freute sich auf den schönen heißen Kaffee. Ich tat den ersten Schluck: Brrrr, was hatte mein Kaffee für einen Geschmack! Ich versuchte es noch einmal; aber es war nicht möglich, das Zeug runterzubringen. Im stillen hielt ich meinem Frauchen eine Strafpredigt, als ein anderer Kollege ebenfalls seinen Schluck ausspuckte. Nun ging der Tanz los: Ganze Wäpche des schönen „Mokkas“ flossen vor die Tür, und Worte, die ich nicht beschreiben kann, und Gesichtser gab es, so lang wie ein Zweimeterstab. Pötzlich dämmerte es bei mir: der Eimer stiel mir ein! „Hans“, sagte ich, „worin hast du den Kaffee aufgebracht?“ — „Im Eimer“, war seine Antwort.

Nun war mir alles klar. Er hatte geglaubt, den Eimer, den ich meinte und zum Transport der Kannen benutzt hatte, nicht nehmen zu können, weil er kaputt war (obwohl das nichts geschadet hätte), und er glaubte, ich hätte einfach den Wassimer des Bauarbeiters, der sich stets darin wußte, genommen, heißes Wasser geholt, den sämtlichen Kaffee hineingeschüttet und dann die so gewonnene erquickende Flüssigkeit wieder in die Kännchen verteilt.

Als ich solchermaßen den ahnungslosen Kollegen die Eimergeschichte und somit den Geschmack des Kaffees auseinandergelegt hatte, gab es ein großes Gelächter ob der „Schlaubeit“ unseres Hans, und ein „Hänschen, Hänschen denke dran“ usw. mußte der arme Junge, der ganz verdattert in der Ecke saß, noch oft mit anhören.

Bruno Götts.

## Mein erster Tag als Maurerlehre.

Jawohl, ich sollte Maurer werden! Und so trat ich dann an einem Montag des Jahres 1894 mit Bluse und blauer Schürze bekleidet, mit Hammer und Kelle versehen, auf meiner Arbeitsstelle an.

Gegen 8 Uhr kamen die ersten Maurer und Hilfsarbeiter und nahmen mich mit in die Baubude. Es war an einem Umbau. Der Polier, ein Mann von etwa 60 Jahren, empfing mich mit einer Grobheit: warum ich mich nicht schon längst ausgezogen hätte. Na, das tat ich dann und nun sagte mir der Polier, ich solle meinen Hammer nehmen und mitkommen. Es ging bis ins oberste Stockwerk. Dort lag ein großer Haufen alter Steine von Schornsteinabbrächen. Der Polier sagte mir, ich solle sie abpußen und dann verschwand er.

Da saß ich nun bei meinen Ziegelsteinen. Wie man einen Ziegel abpußen soll, hatte mir der Polier nicht gesagt. Schön, ich schlug mit dem Hammer drauf herum und dabei die meisten Steine kaputt, sie zerfielen in zwei oder drei Stücke.

Dann aber kam Karl Stappenbeck. Der war zwar Maurer, machte aber auf mich den Eindruck eines Lehrers oder gar Dichters. Und der zeigte mir dann auch, wie Steine abgepußt werden müssen. Auch sagte er mir, wenn ich etwas nicht wußte, sollte ich nur ihn fragen, die andern Maurer seien doch zu grob für solche Auskünfte. Und Karl Stappenbeck hat mir dann auch im Verlauf der Lehrzeit manchen Handgriff gezeigt, den andere Maurer mich nicht gelehrt hätten.

Um 7 Uhr kam dann der Polter wieder, warf einen prüfenden Blick über meine geleistete Arbeit und sagte dann, ich müsse nunmehr Frühstück einholen. Dazu bekam ich ein Notizbuch und einen Bleistift. Ein Hilfsarbeiter ging mit mir mit, um die in den verschiedenen Räumen arbeitenden Maurer zu interpellieren, welches ihre Frühstückswünsche seien. Da ging es denn los: Der erste Maurer wollte für 13 1/2 Leberwurst ohne Plocken, für 1 1/2 Senf, für 5 1/2 Brot und für 7 1/2 Müllerschen Kornbranntwein. Aufklärend bemerkte er: „Der Schnapsbuddel liegt auf dem Tisch.“ Der nächste Maurer wollte für 15 1/2 Rind- und Schweinegehacktes mit Pfeffer und Salz, für 1 1/2 Zwiebel, für 10 1/2 Kummel mit Rum. Auch er bemerkte infruierend: „Meine Buddel steckt in der Rocktasche.“ Der dritte Maurer verlangte für 20 1/2 Kopfsülze von der unteren Schnauze, nicht fett, für 5 1/2 Brot, für 3 1/2 Essig, für 5 1/2 Del in der Bierflasche, für 2 1/2 Zwiebel, eine kleine Flasche Bier und für 7 1/2 Kornschnaps. So ging es weiter, treppauf, treppab. Für etwa 15 Maurer und Bauhilfsarbeiter hatte ich die nötigen Notizen zu machen. Jeder hatte andere Wünsche. Der eine verlangte Leberwurst ohne Plocken, der andere mit Plocken, einer wollte fetten Schweinebraten, der andere wollte ihn mager, der wollte Kopfsülze vom Ohr, der ohne Ohr, der andere Schweinefleisch von unten, der andere von oben. Alles verschiedene Wünsche. Ich setzte die Schnapsbuddeln in einen großen Kasten und wurde ins Freie gelassen mit der Mahnung: „Mach, daß du bald wiederkommst!“



... und für 7 1/2 Müllerschen Kornbranntwein.

Am 8 Uhr war ich wieder in der Baubude. Natürlich hatte ich alles falsch gebracht. Wer Salz wollte, erhielt Pfeffer, wer magere Kopfsülze wollte, bekam fettes, und so war allerlei Verkauftes und Falschgebrachtes in meinem Kasten. Merkwürdig! Grobheiten bekam ich dafür nicht, aber man erklärte mir, ich würde nie ein guter Maurer werden, wenn ich nicht zuvor in tadelloser Weise Frühstück einzuholen verstände.

Der übrige Teil des Tages brachte nichts Neues. Es kam schließlich die Mittagspause. Ich freute mich, nach der elterlichen Wohnung, die nicht weit entfernt lag, eilen und zu Mittag essen zu dürfen. Am Nachmittag puhte ich meine Steine im oberen Stockwerk weiter und zur Vesper kam wieder mein Gang nach dem Kaufmannsladen, um den verschiedenen Genossen der Gesellen und Hilfsarbeiter Rechnung zu fragen. Diesmal klappte es schon etwas besser. Froh war ich, als ich abends müde nach Hause trocken konnte. Aber dieser erste Tag meiner Maurerlehre ist mir noch heute unvergessen und noch oft denke ich an diesen denkwürdigen Tag, der meinen späteren Lebenslauf bestimmt hat.

Edgar Hemme.

Aus den Bezirksämtern.

Soweit bei Stellungsschluss Nachrichten über die Verhandlungen vor den Tarifämtern vorliegen, ist es im Tarifgebiet Brandenburg (ohne Berlin), in Mecklenburg und in Niederschlesien zu einem Vorschlag des unparteiischen Vorsitzenden gekommen, in dem er 10 % Lohnabbau für nötig hält.

Streiks u. Lohnbewegungen

Maurer, Bauhilfs- und Tiefbauarbeiter: Gesperrt sind: das Abbruchgeschäft von August Eich, Baustelle Dynamitfabrik bei Westhacht, Baugewerkschaft Hamburg, wegen Lohnabbau; die Firma Wenzel Schwalb in Emden wegen Tarifbruch; für Deckenröhren die Firma Paul Bantke in Hannover wegen Nichtanerkennung des Tariflohnes; wegen Nichtzahlung des Tariflohnes die Regiearbeiten der Mineralöl- und Asphaltwerke in Ostermoor bei Brunsbüttelkoog (Baugewerkschaft Iphoe).

Stukkateure und Putzer: Die Stuckfirma Richard Liede in Königsberg i. Pr. ist wegen Lohnunterschieden gesperrt.

Fliesenleger: Gesperrt ist in Krefeld wegen Tarifunterschieden die Firma Meis; in Nürnberg sind die Fliesenleger wegen Lohnunterschieden ausgesperrt.

Isolierer: Gesperrt ist die Isolierfirma Ritter, Kiel, Sassenstraße, wegen Zahlung untertariflicher Löhne.

Töpfer: Gesperrt sind: In Halle/S. Wilhelm Stahl, in Hohenstein-Ernstthal Eugen Wolf, in Landsberg/W. die Firma Alex Kaczowski wegen Zahlung untertariflicher Löhne, in Zeitz die Ofengeschäfte Gustav Neumann, Gustav Förnicke und Emil Böhm, in Schwerin in Mecklenburg die Firma Brockmann, Ofenfabrik und Ofengeschäft, in der Ofenfabrik Blumenfeld u. O. zu Vellern sind ernste Differenzen ausgebrochen.

Aus der Sozialgesetzgebung

Beginn der Krankengeldzahlung. Nach den neuen Bestimmungen der Krankenversicherung dürfen die Krankenkassen in jedem Falle nur noch Krankengeld vom 4. Tage der Arbeitsunfähigkeit an zahlen. Es handelt sich hier um eine Zwangsvorschrift, die von sämtlichen Kassen eingehalten werden muß. Nach dem alten Recht wurde Krankengeld vom 4. Tage der Krankheit an gezahlt. Außerdem konnten die Kassen hiervon durch ihre Satzungen Ausnahmen zulassen. Diese für die Versicherten günstigeren Bestimmungen sind aufgehoben. Darüber hinaus hat die Verordnung vom Juli 1930 noch eine weitere Verschlechterung durch die Schaffung folgender Vorschrift geschaffen: Der Anspruch auf Krankengeld ruht, solange die Arbeitsunfähigkeit der Kasse nicht gemeldet wird; dies gilt nicht, wenn er sich innerhalb einer Woche nach Beginn der Arbeitsunfähigkeit bei der Kasse meldet. Der Kranke muß also seine Arbeitsunfähigkeit der Kasse sofort, spätestens jedoch innerhalb einer Woche melden. Tut er dies nicht und wird die Frist verstreut, so erhält er erst von dem Tage an Krankengeld, an dem die Krankmeldung bei der Kasse eingeht. Daß diese Bestimmung und ihre Anwendung große Härten mit sich bringt, darauf braucht wohl nicht besonders hingewiesen zu werden.

wendung große Härten mit sich bringt, darauf braucht wohl nicht besonders hingewiesen zu werden. Hinzu kommt wahrscheinlich noch, daß einzelne Kassen bei der Auslegung schon mehr als bürokratisch vorgehen. So ist folgende Entscheidung gefällt worden: „Hat eine Krankenkasse die Annahme eines Briefes verweigert, weil der Versicherte ihn nicht ordentlich frankiert hatte und ist dadurch die Arbeitsunfähigkeit nicht innerhalb einer Woche bei der Kasse gemeldet worden, so ruht der Anspruch auf Krankengeld bis zu dem Tage, an dem die Meldung bei der Kasse tatsächlich erstattet wurde.“ Gewiß mag diese Entscheidung juristisch in Ordnung sein, sie stellt aber eine so ungeheure Härte dar, daß sie besser unterbleiben wäre. Richtig hat sich auch der Reichsarbeitsminister mit dieser Ruhestensvorschrift bei verspäteter Krankmeldung beschäftigt. Er hat unter dem 17. Februar 1931 einen Bescheid erlassen, der vom Standpunkt der Versicherten begriffenwert ist. Der Minister stellt die bürokratische Einstellung mancher Kassen nicht, sondern tritt für eine möglichst soziale Anwendung der Vorschrift ein. In dem Bescheid heißt es wörtlich: „Ich habe keine Bedenken dagegen, daß das Krankengeld in den Fällen nicht versagt wird, in denen dem Versicherten die Innehaltung der Meldefrist nach § 218 Abs. 3 RVO. nicht möglich war. Die entsprechende Anwendung des § 1547 Abs. 1 Nr. 2 RVO. ergebenden Rechtsgrundlagen wird gerechtfertigt sein. Es wird aber gefordert werden müssen, daß die Meldung nach Beseitigung des Hindernisses unverzüglich nachgeholt wird.“ Nach diesem Bescheid darf also auch bei verspäteter Meldung das Krankengeld dann nicht versagt werden, wenn dem Versicherten die Einhaltung der Meldefrist nicht möglich war. Die in dem Bescheid angezogene Vorschrift des § 1547 der Reichsversicherungsordnung besagt, daß dem Versicherten keine Nachteile entstehen können, wenn er an der rechtzeitigen Anmeldung durch Verhältnisse gehindert war, die außerhalb seines Willens lagen. Dieser Bescheid gibt den Krankenkassen die Möglichkeit, bei verspäteten Krankmeldungen wohlwollend zu verfahren und den Versicherten vor Schaden zu bewahren.

Wer ist von der Mietzinssteuer befreit? Im Freistaat Preußen ist von der Hauszinssteuer befreit, wessen Familieneinkommen aller Art jährlich nicht 1200 M für den Ledigen, 1300 M für eine zweiköpfige, 1400 M für eine dreiköpfige, 1500 M für eine vierköpfige, 1700 M für eine fünfköpfige und 1900 M für eine sechsköpfige Familie usw. übersteigt. Außerdem sind die Sozialrentner aller Art und solche bedürftigen Personen, die die volle gesetzliche Miete nicht zahlen können, von der Entrichtung der Hauszinssteuer befreit. Erwerbslose sind den Sozialrentnern gleichgestellt. — Daß die Befreiung von der Hauszinssteuer einmal an die Einkommenshöhe, ein andermal dagegen an die soziale Stellung anknüpft, gibt immer wieder zu Mißverständnissen und schikanösen Auslegungen Anlaß. Insbesondere wird es häufig dann Differenzen geben, wenn der Nutzungsberechtigte, also in der Regel der Familienvater, erwerbslos ist, aber Kinder hat, deren Einkommen zusammen genommen die genannten Freigrenzen übersteigt. Ähnliche Differenzen gibt es, wenn der Nutzungsberechtigte erwerbslos ist, jedoch Unterstützungen bezieht, deren Summe über die Freigrenzen hinausgeht. In solchen Fällen wird es nötig sein, ablehnende Bescheide mit dem Hinweis darauf zurückzuweisen, daß Erwerbslosen die Steuer ohne weiteres zu schenken ist.

Aus den Baugewerkschaften

Alfeld/Leine. In unserer Vertreterversammlung am 15. Februar gab der Geschäftsführer, nachdem vom Vorsitzenden der verstorbenen Kollegen ehrend gedacht war, seinen Geschäftsbericht. Die Bauwirtschaft war in unserem Gebiet noch günstig. Der Tarifvertrag ist allerorts aufrecht erhalten worden. Die ungünstigsten Arbeitsmöglichkeiten waren in Gronau, Dorlselbst hat ein Teil unserer Kollegen keine 28 Wochen arbeiten können und

sonst keinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung erworben. Bei den Kostandarbeiten sind die tariflichen Löhne ebenfalls gezahlt. Die Organisationsverhältnisse waren bei diesen Arbeiten nicht günstig, weil die Arbeiter aller 78 Tage abgelöst wurden. In der Steinzeugindustrie in Duingen wurde Anfang Januar ein Betrieb stillgelegt und erst im April im beschränkten Maße die Arbeit wieder aufgenommen. In einem anderen Betrieb wurden im September 35 Kollegen entlassen. Im Feuerwerk in Duingen wurde das ganze Jahr nur 4 Stunden je Tag gearbeitet. Die durchschnittliche Arbeitslosigkeit unserer Mitglieder betrug 22 bis 25 %. Submissionsblüten gab es auch. Bei den Brückenbauten hatten 42 Unternehmer Angebote gemacht; der teuerste forderte 253 000 M, der billigste 138 000 M. Bei den Helmskiffenbauten betrug die Differenz zwischen dem billigsten und teuersten 33 % und beim Schülencubau 37 %. Die Versammlungen und die Jugendzusammenkünfte waren gut besucht. Der Mitgliedsbestand hat sich um 30 erhöht. Die Lehrlinge sind fast reiflos organisiert. Für Unterstützung des Bundes wurden 18 996,55 M ausgegeben. Dem Kassierer wurde einstimmig Entlastung erteilt. Dem bisherigen Vorstand wurde durch einstimmige Wiederwahl das Vertrauen ausgesprochen. — Der Bezirkssekretär, Kollege Schenk, hielt dann einen Vortrag über die Tarif- und Lohnbewegung. Die Kollegen Schaper und Frick, die einen 14tägigen Schulungskursus in Berlin-Verlase besucht hatten, gaben über das Gesehene einen kurzen Bericht.

Breslau. In den Magistrat von Breslau haben wir am 5. März folgendes Schreiben gerichtet: „Die furchtbare Wirtschaftskrise ist nicht zuletzt eine Folge der künstlich gedrückten Bauwirtschaft. Wir haben es nicht nötig, im einzelnen Ursache und Wirkung zu schildern. Bekannt ist jedoch, daß das Jahr 1931 eine noch stärkere Einschränkung des Bauprogramms aufzeigen wird als das Vorjahr. Alle Mittel, die auch nur zum geringen Teil geeignet sind, die Arbeitslosigkeit trotzdem einzudämmen, müssen infolgedessen Anwendung finden. Wir schlagen infolgedessen vor, daß bei allen durch die Stadt zur Vergabe gelangenden Arbeiten den ausführenden Unternehmern zur Pflicht gemacht wird, bei Ausführung der Arbeit nur im tariflichen Zeitlohn arbeiten zu lassen, um somit jede Akkordarbeit und damit die Verkürzung der Arbeitsaufträge und die schnellere Proflosmachung der Arbeiter zu verhindern. Damit wird auch erreicht, daß hier und da im Akkord zu verzeichnende Mehrerlöse, die an sich dem Arbeiter selbstverständlich zu gönnen sind, in der heutigen Zeit verhindert werden. Zugleich wird auch zu erwägen sein, ob nicht von selten der Gemeinden, bei den durch sie in Auftrag gegebenen Arbeiten, die Verkürzung der Arbeitszeit zur Pflicht gemacht wird. Die preussische Regierung hat nach dieser Richtung unseres Wissens schon mehrfach Versuche zur Durchführung dieser Idee unternommen. Es dürfte sich wirklich empfehlen, einmal hier einen Anfang zu machen. Eine recht baldige Aussprache mit den Unternehmerverbänden wird vielleicht das gegebene Mittel sein, um die Fragen ins Rollen zu bringen. Eine etwa ablehnende Auffassung der letztgenannten Organisationen dürfte jedoch unserer Ansicht nach die Stellungnahme des Magistrats nicht behindern, wenn es gilt, die immer höher werdenden Wohlfahrtslasten auch für die Stadt durch unsere Vorschläge etwas zu mindern.“

Cottbus. Wie Berlin sein Potsdam und Paris sein Versailles, so hat Cottbus sein Peiß. In Peiß finden wir die Reste der alten Wendenfesten, dann hören wir die liebliche, an eine Gänseherde erinnernde Sprache der Einwohner und sehen die schönsten Wendeninnen in ihrer malerischen Tracht. Diese berühmte Stadt zählt ungefähr 7000 Einwohner. Darunter befinden sich nicht weniger als sechs Bauunternehmer, von denen vier sogar den Meisterkittel führen. Und da in unmittelbarer Nähe von Peiß vier weitere Baugeschäfte blühen und gedeihen, war es nur folgerichtig, daß der Herr Zimmermeister Franz Daehn seine werthen Berufskollegen zusammenrief und zur höheren Ehre des Gewerbes eine Maurer- und Zimmererzwangsinnung gründete. Den jungen Maurermeister Theodor Jakob ernannte er zum Vorsitzenden dieses Vereins. Über

Arbeitslosigkeit im Deutschen Baugewerksbund. Feststellungsergebnis vom 23. Februar 1931.

Table with columns for regional associations (e.g., Königsberg, Danzig, Steffin, Breslau, Berlin, Magdeburg, Erfurt, Frankfurt, Köln, Dortmund, Hannover, Bremen, Hamburg, Rostock, Dresden, Nürnberg, München, Stuttgart, Karlsruhe) and various worker categories (Maurer, Steinbildner, etc.), showing membership and unemployment statistics.

Die Arbeitslosigkeit steigt weiter. Im Vergleich zum letzten Berichtsmonat haben wir im Reichsdurchschnitt eine Zunahme von 72,91 auf 76,03 %, also um 3,12 %. Am 24. Februar 1930 betrug der Reichsdurchschnitt 62,41 %. Gegenüber der gleichen Zeit im Vorjahre haben wir eine um 13,62 % höhere Arbeitslosigkeit. Die Arbeitslosigkeit liegt im Bezirksverband Königsberg von 80,1 auf 85,8 %, Steffin von 84,5 auf 87,4 %, Breslau von 81,1 auf 84 %, Berlin von 71,4 auf 71,7 %, Magdeburg von 66,3 auf 72,6 %, Erfurt von 84,5 auf 85,2 %, Köln von 64,7 auf 69,6 %, Dortmund von 67,3 auf 68,9 %, Hannover von 71,1 auf 77,6 %, Hamburg von 59,9 auf 60,4 %, Rostock 71,8 auf 79,2 %, Dresden von 77,1 auf 81,3 %, Nürnberg von 76,9 auf 78 %, München von 66,2 auf 74,6 %, Stuttgart von 71,7 auf 73,6 %, Karlsruhe von 71,6 auf 73,2 % und Danzig von 73,2 auf 78,8 %. Ueber dem Reichsdurchschnitt stehen die Bezirksverbände Königsberg, Steffin, Breslau, Erfurt, Frankfurt, Hannover, Rostock, Dresden, Nürnberg und Danzig; unter ihm stehen die Bezirksverbände Berlin, Magdeburg, Köln, Dortmund, Bremen, Hamburg, München, Stuttgart und Karlsruhe. Die Differenz zwischen den höchsten und den niedrigsten Arbeitslosenziffern beträgt 27 %. Der Bezirksverband Steffin hat 87,4 %, während der Bezirksverband Hamburg 60,4 % hat. Von den Hauptberufsgruppen sind bei den Maurern 82,8 % (Vormonat 81,6 %), bei den Bauhilfsarbeitern 77,9 % (73,9), bei den Tiefbauarbeitern 72,9 % (64,8) arbeitslos.

darin erschöpft sich die Bedeutung der Stadt Peiß nicht. Erinnert sei nur an die berühmten Karpfenseiche, die sogar Aman Ullah, den früheren König von Afghanistan, veranlaßt hatten, Peiß mit seinem Besuch zu beehren. Dafür wurde ihm das Ehrenbürgerrecht der Stadt Peiß versprochen. Natürlich wollte Peiß eine Stadtanleihe von 20 Millionen Mark von ihm haben. Aman Ullah kam und entführte einen großen Bockfisch lebender Karpfen nach dem Morgenlande. Die 20 Millionen Mark Stadtanleihe sind allerdings noch nicht eingetroffen. Aber inzwischen hat eine andere Weltberühmtheit Peiß mit ihrem Besuch beehrt. Am 7. Dezember hatte der Stahlhelm seine Getreuen nach Coßbuz berufen, und da hier angesichts der Gegendemonstration des Reichsbanners der Stahlhelm nicht zur Geltung kam, zog es Herr Selbie vor, nach Peiß zu gehen und dort seine „Erneuerungsrede“ vom Stapel zu lassen. Der „Ortskommandant“ Robert Daehn, ein Bruder des großen Franz Daehn, begrüßte den Stahlhelm mit feierlicher Miene. Unsere Bauunternehmer in Peiß sind nämlich alle monarchistisch durchwärmte. Aber ihr Bestreben erschöpft sich nicht auf die Wiederherstellung der Monarchie. Die Männer der Maurer- und Zimmererzwangsinnung von Peiß sind auch bemüht, die deutsche Bauwirtschaft „anzukurbeln“. Und so versuchten sie bereits schon im September vorigen Jahres, unsere Verwaltung zu überzeugen, daß der Tarifvertrag nicht mehr bestehe, weil die Bauarbeiter ihn gebrochen hätten, indem sie am Neubau des Tuchfabrikanten Rehn, dem Finanzminister des Stahlhelms, 30 % je Stunde billiger gearbeitet hätten, als bei den Mitgliedern der Zwangsinnung. Wir konnten dieser Ansicht nicht beipflichten und versprochen den Herren auf Ehre und Gewissen, jeden Krantur vor den Kadi zu ziehen, der sich bekommen ließe, untertarifliche Löhne zu zahlen. Dieses Versprechen haben wir gehalten. Wir haben verschiedene Bauunternehmer und auch den millionenschweren Tuchfabrikanten Rehn durch die Arbeitsgerichte verknacken lassen. Die übrigen Stahlhelm- und Naziführer, die versuchen, ebenfalls den Tarif zu brechen, werden wir folgen lassen. Sollte in späterer Zeit zu drastischeren Mitteln gegriffen werden müssen, so darf man uns das nicht übelnehmen. Die Herren von der Zwangsinnung müssen ernstlich daran denken, die Langmut unserer Peißer Kollegen nicht zu überspannen.

**Oleiwitz.** (Jahresbericht.) Im verflorenen Jahr waren durchweg 60 bis 70 % unserer Mitglieder arbeitslos. Trotz der großen Not hat der alte Stamm der Mitglieder der Organisation die Treue bewahrt. Vereinnahmt wurden für die Hauptkasse 74 055,15 M, für Unterstützungen wurden ausgegeben 41 517,05 M. Für die Lokalkasse wurden vereinnahmt 30 553,94 M, ausgegeben wurden 32 338,18 M, so daß ein Defizit von 1784,24 M vorhanden war. Im Baugewerkschaftsgebiet waren im verflorenen Jahre 420 Streikfälle zu erledigen. Mit wenigen Ausnahmen wurden alle Klagen zu unseren Gunsten entschieden. Der gesamte Klagebetrag betrug außer der Arbeitslosenunterstützung 9547,96 M. Bei den Klagen vor den Spruchauschüssen sind die Summen nicht zu errechnen, weil die Kollegen zum größten Teil die Unterstützung erhalten. Jedenfalls sind auch auf diesem Wege rund 30 000 M für die Kollegen herausgeholt worden. Einige Unternehmer waren allerdings zahlungsunfähig, weshalb die Pfändung fruchtlos verlief. Die dadurch verlorengegangenen Summen sind geringfügig. Die Werbetätigkeit war trotz der Krise sehr reg. Wegen der Ueberführung der Arbeitszeit mußte in neun Fällen klagbar vorgegangen werden. Zum Teil wurden nicht nur die Unternehmer, sondern auch die Poliere bestraft. Die Löhne konnten in allen Fachgruppen gehalten werden. In der Hüftenindustrie, wo einige unserer Werkmänner beschäftigt sind, ist es nicht gelungen, einen Tarifvertrag zu schaffen, weil die Kollegen zu schwach organisiert sind und die Metallarbeiter ihren Tarif ohne Berücksichtigung unserer Interessen unter Dach und Fach brachten. Die Werbearbeit unter den Jugendlichen hat weitere Erfolge gezeitigt. Der bisherige Vorstand wurde wiedergewählt.

**Hof.** Unsere Baugewerkschaft hielt ihre Generalversammlung am 15. Februar ab. Dem Geschäftsbericht war zu entnehmen, daß auch in unserem Bezirk, außer in der Stadt Hof, die Bauwirtschaft sehr schlecht war. In einigen Zahlstellen konnten die Fach- und Hilfsarbeiter keinerlei Arbeit finden. Die Arbeitszeit wurde, abgesehen von einem Einzelfall, eingehalten. Schwierigkeiten ergaben sich dort, wo die Unternehmer die große Arbeitslosigkeit zu Lohnabbau benutzen wollten. Dies gelang ihnen nur ganz vereinzelt. Viele Mitglieder konnten die Anwartschaft auf die Arbeitslosenunterstützung nicht erwerben; noch mehr sind es aber, die auch keine Rentenunterstützung bekommen können, da sie schon vor dem 3. November 1930 angestellt waren. Die schlechte Lage wirkte auch auf unsere Kassenverhältnisse. Die Einnahmen für die Hauptkasse waren um 21 000 M geringer als im Vorjahre. An Unterstützungen aus der Hauptkasse wurden mehr als 66 000 M verausgabt; nur rund 24 000 M konnten der Hauptkasse in bar überwiesen werden. Für die Lokalkasse wurden, unter Sinzurechnung des vorjährigen Kassenbestandes, 58 956,97 M vereinnahmt, ausgegeben wurden 46 505,31 M. Die Mitgliederzahl beträgt 2227. In Notunterstützung wurden 1200 M ausgegeben. Bei den Arbeitsgerichten wurden 1775 M eingeklagt. Unendlich viel Arbeit und Unannehmlichkeiten bringen die wiederholten Verschlechterungen der Arbeitslosenversicherung. So betrachtet ein Arbeitsamt einen Arbeiter, der vier Kilometer von einer größeren Stadt entfernt wohnt, nicht mehr als zum Wirtschaftsbereich gehörend und setzt ihn dann in eine um drei Klassen tiefere Lohnstufe. — In Selb wollte man eine Gruppe der A.G.D. gründen. Alle Unorganisierten konnten Mitglieder werden. Ein vollkommen idiotischer K.P.D.-Mann wollte sogar einen solchen Unorganisierten, einen wegen Sittlichkeitsverbrechens schwer vorbestraften Menschen, als Baudeliegten bestimmen lassen. Das gelang nicht. Drei Ausschüsse genügten, um Ordnung zu schaffen. — In der Aussprache wurde die Tätigkeit des Vorstandes anerkannt. Die Vorstandswahl ergab keine wesentlichen Veränderungen. Erwähnt sei noch, daß Kollege Merkel aus Nürnberg einen Vortrag hielt, dem die Kollegen mit großer Aufmerksamkeit folgten und mit starkem Beifall auszeichneten.

**Jena.** (Zahlstellige Kahl.) Die Generalversammlung unserer Zahlstelle am 15. Februar war stark besucht. Nach Ehrung der verstorbenen Kollegen gab der Vorsitzende, Kollege Pfaffenborn, den Jahresbericht. Auch bei uns war die Baukonjunktur überaus schlecht. Zur

drei Neubauten wurden ausgeführt, außerdem einige kleinere Arbeiten. Mit Lohnabbau haben es die Unternehmer auch bei uns versucht; sie versuchten, sogenannte Leistungsprämien einzuführen, also ein verstecktes Antreiberystem. Die Kollegen haben sich solcher Angriffe zu erwehren gewußt. — Dann berichtete der Kassierer über die Kassenverhältnisse und die Mitgliederbewegung. Er wurde einstimmig entlastet. Außerdem wurden einige andere örtliche Berichte entgegengenommen. In der regen Aussprache wurde auf die Spaltungsarbeit der A.G.D. hingewiesen und ersucht, dieser verdrehen Tätigkeit mit allen Mitteln entgegenzutreten. Der Vorsitzende der Baugewerkschaft Jena, Kollege Müller, hielt dann einen Vortrag über die Sozialbewegung im Deutschen Reich und unsere Tarifikämpfe. Einige an den Referenten gestellte Anfragen wurden in zufriedenstellender Weise beantwortet. Die Aussprache gipfelte in einer Anschauung über die heutigen wirtschaftlichen und politischen Zustände. Die bisherige Zahlstellenverwaltung wurde einstimmig wiedergewählt. Zum Schluß wurden noch sechs Jubilare, also Kollegen, die 25 Jahre der Organisation die Treue gehalten haben, in würdiger Weise geehrt. Die Jugend wurde aufgefordert, ihrem Wirken nachzusehen. Jedenfalls bot diese Versammlung ein seltenes Bild geschlossener Eintracht und Einigkeit.

**Stuttgart.** Wir hielten am 22. Februar unsere Generalversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken an 33 verstorbenen Mitgliedern gelehrt. Dem Geschäftsbericht des Kollegen Bender war zu entnehmen, daß seit vier Jahrzehnten keine Generalversammlung unter einer derart katastrophalen Wirtschaftskrise getagt hat, als die diesjährige. Rund 70 % unserer Mitglieder sind erwerbslos. Die Bauwirtschaft war das ganze Jahr über sehr schlecht. Sie erstreckte sich in der Hauptsache fast nur auf den Wohnungsbau der Stadt Stuttgart und einigen Baugenossenschaften. Es ist sehr wenig zur Förderung der Bauwirtschaft getan worden. Im Gegenteil. Durch die Maßnahmen der Reichsregierung wurden dem Wohnungsbau noch Mittel entzogen, und in Stuttgart trägt noch eine staatliche Stelle, die Bauabteilung des Wirtschaftsministeriums, dazu bei, geplante Bauvorhaben durch schikanöse Einsprüche zu behindern. So beim Tief-Bauprojekt und beim Bauvorhaben des Gewerkschaftshauses. Die schlechte Lage des Baugewerbes nahmen die Unternehmer vielfach zum Anlaß, auf die Bauarbeiter einen Druck auszuüben. Die Arbeitskraft wurde bis auf äußerste ausgebeutet. Wie die Arbeitsleistung in den letzten Jahren gesteigert wurde, ist daraus ersichtlich, daß noch im Jahre 1928 die Unternehmer den Kubikmeter Maurerwerk mit 12 Arbeitsstunden, jetzt aber nur mit 8 Stunden kalkulierten. Ähnlich ist es auch bei den Gipsern der Fall. Die Arbeitsleistung ist um ein Drittel gesteigert worden. Daß diese Ausbeutung der Arbeitskraft ihren Höhepunkt erreicht hat, wissen auch die Unternehmer. Deshalb sollen jetzt andere Wege zur Kostenreduktion beschritten werden. Der Weisheit letzter Schluß ist: „Abbau der sozialen Erwerbsbedingungen und Senkung der Löhne!“ Dagegen werden sich die Bauarbeiter zu wehren wissen! Im Durchschnitt hatte ein Maurer im Jahre 1930 insgesamt 1640 Arbeitsstunden, ein Gipser 1472 und ein Hilfsarbeiter 1469. Nach Tariflöhnen umgerechnet, ergibt dies einen Jahresarbeitsverdienst für Maurer von 2181 M, für Gipser 2393 M und für Hilfsarbeiter 1615 M. Auf 300 Arbeitsstunden im Jahre zu je 8 Stunden täglich umgerechnet, hätte der Maurer je Stunde 90 %, der Gipser 99 % und der Hilfsarbeiter 67 % je Stunde Verdienst. So sehen die „hohen Löhne“ der Bauarbeiter aus! Trotz der schlechten Beschäftigungsmöglichkeit blieb die Mitgliederzahl stabil. Die Jugendabteilung nahm einen erfreulichen Aufschwung. Dem Bauarbeitersech wurde wie immer die größte Aufmerksamkeit gewidmet; die behördliche Kontrolle läßt noch immer viel zu wünschen übrig. — Das Versammlungsleben war sehr reg. Ein besonderes Tätigkeitsgebiet waren die Klagen aus dem Arbeitsrecht und der Sozialversicherung. 295 Streitfälle waren allein aus dem Arbeitsvertrag zu erledigen. Die ausgeklagte Summe beträgt 4816,57 M. 25 Fälle gingen leider ohne Erfolg aus, darunter sind acht zahlungsunfähige Unternehmer. Es sind dies: Gustav Storz, Gipsermeister in Kemnat, O.V. Stuttgart; Köppler, Gipsermeister in Neckarzelllingen; Wilhelm Hummel, Gipsermeister in Degerloch; Albert Bauknecht, Gipsermeister in Stuttgart; Lederle & Halb, Rau & Stempfle und Wilhelm Müller, Baugeschäfte in Stuttgart, sowie Gottfried Schlag, Steinhauermeister in Stuttgart. Diese Firmen bieten keine Gewähr für Lohn! Deshalb sei vor Arbeitsannahme gewarnt! — Allein im letzten Vierteljahr haben wir über hundert Kollegen im Einspruchsverfahren die richtige staatliche Arbeitslosenunterstützung verschafft. — Den Kassenbericht gab Kollege Taubenberger. Die Jahreseinnahme für die Hauptkasse betrug 222 958,91 M, die Ausgabe 204 676,94 M. Die Ausgabe an Arbeitslosenunterstützung betrug allein 117 750,70 M. Die Einnahme der Lokalkasse betrug 65 864,55 M, die Ausgabe 60 315,92 M. Dem Kassierer wurde einstimmig Entlastung erteilt. — Die Beschwerdekommision hatte nur einen Streitfall zu erledigen. — Darauf sprach Kollege Buechel über die Tarif- und Lohnbewegung. — In der Aussprache beteiligten sich 14 Redner. Die Bestrebungen der A.G.D. wurden von den Vertretern zurückgewiesen. — Der bisherige Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Auch die sonstigen Wahlen ergaben, mit Ausnahme eines Mitgliedes bei der Bauarbeitersechungskommision, keine Veränderungen. — In einer einstimmig angenommenen Entschlieung wird von der Bauabteilung des Wirtschaftsministeriums die sofortige Zurücknahme der Einsprüche gegen die Bauvorhaben des Tief-Projektes und des Gewerkschaftshauses verlangt.

**Trier.** In unserer Generalversammlung am 15. Februar gab zunächst Kollege Nonn den Geschäftsbericht. Die Bauwirtschaft war in unserem Baugewerkschaftsgebiet besonders schlecht. Am 1. Dezember 1930 erhielten in der Stadt Trier von 220 Maurern 51 und von 300 Hilfsarbeitern 191 Wohlfahrtsunterstützung. Besonders schlimm sind die Kollegen auf dem Lande dran, weil die Gemeinden wegen schlechter Finanzlage keine Wohlfahrtsunterstützung zahlen. — Verschiedene größere Straßenbauarbeiten wurden zum Jahresende als freie Arbeiten begonnen. Die dort beschäftigten Arbeiter schlossen sich unserer Organisation an, so daß es möglich war, ihre Arbeitsverhältnisse zu ihren Gunsten zu beeinflussen. Durch Inanspruchnahme der verschiedensten Instanzen konnten 3542,10 M an rückständigen Löhnen und Feriengeldentschuldigungen herausgeholt werden. Einspruchs- und Berufungssachen verschiedenster Art

konnten zugunsten der Kollegen in über 300 Fällen erledigt werden. Die Werbearbeit in den Versammlungen, auf den Bauten und in der Presse ist lebhaft betrieben worden. — Den Kassenbericht gab der Kollege Kirnse. Er zeugte von den großen materiellen Leistungen, die der Bund den in Not geratenen Kollegen gewährt hat. Mit kleinen Umstellungen wurde der alte Vorstand wiedergewählt. Zum Schluß sprach Kollege Nonn noch zu den Tarif- und Lohnverhandlungen.

**Würzburg.** In unserer Vertreterversammlung am 15. Februar gab nach Ehrung der verstorbenen Mitglieder Kollege Wagner den Geschäftsbericht. Er war ein Spiegelbild der trostlosen Wirtschaftslage. Für die Hauptkasse wurden einschließlich der zugesandten Gelder 61 601,55 M eingenommen und 60 727,45 M ausgegeben. Für Arbeitslosenunterstützung wurden an 785 Mitglieder 37 790,85 M, für Krankenunterstützung an 88 Mitglieder 3890,50 M, für Sterbeunterstützung an 17 Mitglieder 2187,50 M und für Invalidenrenten an 35 Mitglieder 2587 M ausgezahlt. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 24 976,39 M und eine Ausgabe von 23 251,12 M. Die Mitgliederzahl beträgt 1697. Bereits im Sommer wurde beschlossen, daß Bezücker von Arbeitslosenunterstützung je Woche 25 % und die Bezücker von Krisen- oder Wohlfahrtsunterstützung je Woche 10 % Verwaltungsbeitrag entrichten. Bisher riß die Arbeitslosigkeit in unsere Reihen keine Lücken. Auch die Versuche der K.P.D., einen A.G.D.-Laden aufzumachen, taten uns keinen Abbruch. Kein Mitglied hat sich zur A.G.D. umtaufen lassen. Die Arbeitslosenzahl kam während des Sommers nie unter 40 % und stieg in den Januarwochen 1931 auf über 80 % der Mitgliederzahl. Bei den Arbeitsgerichten haben wir in elf Fällen den Mitgliedern 571,86 M an Lohn geredet. In zwei Fällen wurden unsere Klagen abgewiesen. Wenn die Mitglieder nicht mit Vollmacht so glücklich wären, hätten wir weit mehr erfolgreiche Lohnklagen anhängig machen können. Maurerlehrlinge haben für das kommende Jahr wohl keine Aussicht, in ein Lehrverhältnis einzutreten. Es sind seit langen Wochen von den 60 organisierten Lehrlingen zeitweise bis zu 40 infolge des Daniederliegens der Bauwirtschaft ohne Beschäftigung. Also Vorsicht bei Annahme von Lehrstellen im Maurergewerbe für 1931! Eine von den örtlichen Verbänden vorgenommene Weihnachtsammlung brachte unseren Ausgesteuerten den Betrag von 1040 M. — Sodann wurde über den Stand der diesjährigen Reichstaxtarifverhandlungen berichtet. Die Verwaltung wurde einstimmig entlastet. Die bisherigen Vorstands-, Beirats- und Ausschussmitglieder wurden mit geringen Ausnahmen wiedergewählt.

**Aus den Fachgruppen**

**Asphaltierer.**  
**Berlin.** „Wo alles häßt, können wir allein nicht leben.“ So haben auch wahrscheinlich die Asphaltunternehmer gedacht, als sie am 12. Februar den Tarifvertrag kündigten. Am 21. Februar nahm eine Funktionärkonferenz dazu Stellung. Kollege Riegisch ging in seinen Ausführungen auf Art und Wesen des Tarifvertrages ein. Nach einer regen und lebhaften Aussprache bekundeten die Funktionäre, daß sie jederzeit bereit sind, an dem Zustandekommen eines neuen Vertrages mitzuarbeiten. Sie lehnen es aber ganz entschieden ab, einen Vertrag anzuerkennen, der schlechter als der bisherige ist. Obwohl sie die Vorteile anerkennen, die ein Vertrag bietet, so würden sie es doch vorziehen, tariflos zu arbeiten. Die Funktionärkonferenz überläßt es der Fachgruppenleitung, zu entscheiden, welche Taktik nach Lage der Dinge die richtige ist. Sie verpflichtet sich, den noch Außenstehenden klarzumachen, daß nur eine starke und geschlossene Organisation imstande ist, die Abbaubestrebungen der Unternehmer abzumehren.

**Glasler.**  
**Gera.** In unserer zu besuchenden Versammlung am 11. März hielt Kollege Gräber, Berlin, einen interessanten Vortrag über Wirtschaftskrise und Lohnabbau. — Unser Obmann, Kollege Schaub, berichtete über die Stellungnahme der Glaslerinnung zur Frage ihres Beitritts zur Innungsbrannkassen für das Baugewerbe. Sämtliche Kollegen sind gegen die Einbeziehung zur Innungsbrannkassen und werden mit allen Mitteln versuchen, die Nachaktion der Unternehmer zu unterbinden. — In der nächsten Versammlung sollen Lichtbildervorträge über das Glasergewerbe vorgeführt werden. Unsere Versammlungen werden jeden Sonnabend vor dem 15. eines jeden Monats abgehalten.

**Isolierer und Steinholzleger.**  
**Breslau.** In der Jahresversammlung am 1. März gab Kollege Hamerla den Jahresbericht. Die Fachgruppe zählt 31 Mitglieder. Der Versammlungsbesuch hätte besser sein können. Das Jahr 1930 war das Jahr des Neuaufschlusses des Reichstaxtarifvertrages und der darauffolgenden Verhandlungen über einen Ortsstarifvertrag sowie der im Dezember aufgetauchten Versuche der Unternehmer, noch schnell im alten Jahr einen Akkordtarifvertrag unter Dach und Fach zu bringen. Die Lohnkommision und Ortsverwaltung haben sich redlich bemüht, die Belange der Kollegen zu wahren. Kollege Reichlich berichtete eingehend über alle Verhandlungen. Kollege Meise ergänzte seine Ausführungen mit der Anregung, nach Fertigstellung des Bezirksstarifvertrages der Bezirksleitung anheimzugeben, nunmehr an die Fachgruppen schriftlich heranzugehen, um unter Darstellung der Schwierigkeiten endlich von allen schliesslichen Isolierern zu verlangen, daß sie sich für die Zukunft mehr an die tariflichen Notwendigkeiten zu halten haben, damit für die Zukunft Schlimmeres verhütet wird. Die Fachgruppenleitung besteht nunmehr aus den Kollegen Dreilichsen, Obmann; Karl Pischke, Stellvertreter; Schriftführer sind die Kollegen Arthur Feierabend und Willi Dreilich. Kollege Meise erinnerte an die durch das Arbeitsamt hervorgerufenen Schwierigkeiten. Hiernach sollten die Isolierer je nach ihrer Arbeiterzugehörigkeit an der Baumermittlung oder an der Vermittlung der Metallarbeiter ihre Kontrolle vornehmen lassen. Im Einverständnis mit den christlichen Kollegen ist dagegen angegangen worden, es besteht die Aussicht, die Angelegenheit in der alten Form zu regeln.

**Hamburg.** In der Versammlung am 21. Februar gab Kollege Wolter einen kurzen Jahresbericht. Die Arbeitsmöglichkeit ließ viel zu wünschen übrig. Die Zusammen-

arbeit der Fachgruppe mit dem Vorstand der Baugewerkschaft hat sich zufriedenstellend gestaltet. Auch der Zweifelsfall, der in unserer Gruppe herrschte, verschwunden. Das Auftreten der Unternehmer ist nicht danach, daß wir uns untereinander streiten; unsere ganze Arbeit muß sich jetzt auf die Abwehr der Abbaumünche der Unternehmer einstellen, die jede Uneinigkeit in unseren Reihen ausnützen. Heinrich Wolter und Walter Klein wurden als Vorsitzende, H. Weigand als Schriftführer gewählt. Unser Ortsrat gilt jetzt durch den Entschluß des Zentralschiedsgerichts über Rheinaplast und Rheinabit als abgeschlossen. Wir sind gegen den Abschluß eines Akkordtarifes und rufen den Kollegen im Reich zu: Lehnt jede Akkordarbeit ab, sie ist ein verkappter Lohnabbau!

Löpfer und Fliesenleger.

Berlin. Am 10. März tagte unsere Löpfergruppe. Den Jahresbericht gab Kollege Dreher. Danach ist im vergangenen Jahre die durchschnittliche Arbeitslosigkeit unter den Kollegen gegenüber dem Vorjahr von 39,2 auf 47,9% gestiegen. Die Ursache hierfür war vor allem das Vordringen der Zentralheizung und der eisernen Herde. Die starke Arbeitslosigkeit führte dazu, daß wir im Jahre 1930 den für die Wintermonate tariflos festgesetzten Siebenfundentag auch für die Sommermonate beibehalten und außerdem eine Verdiensthresholdgrenze bei Akkordarbeit festsetzten. Auch die Einführung der obligatorischen Arbeitsvermittlung wurde beschlossen. Da dies jedoch für verschiedene Kollegen eine Verdiensthresholdgrenze bedeutete, machte sich eine starke Opposition dagegen bemerkbar. Wir hoffen, daß diese Kollegen sozial proletarische Einsicht aufbringen werden, daß außer ihnen auch noch andere das Recht zum Leben haben. Den bisherigen Lohn konnten wir behaupten, das Lohnabkommen läuft bis zum 30. Juni 1931. Einige Verbesserungen sind in den Manteltarif hineingebracht worden, darunter die Sicherung der Betriebsvertretung im Sinne des Betriebsrätegesetzes. Den Spruch für die fehrstige Ware, der ursprünglich 40% Abzug vom regulären Sehpreis vorsah und dann in freier Vereinbarung auf 25% herabgesetzt wurde, hätten die Unternehmer gern wieder ins Leben gerufen. Da wir uns auf eine andere Festsetzung nicht einließen, riefen sie die zentrale Schiedskommission an. Diese hielt dann an den 25% fest, entschied jedoch, daß bei Ware, die nur nachgeschliffen zu werden braucht, 30% abgezogen werden können. Das letzteres fast nie zutrifft, liegt es nur an den Kollegen, wenn sie sich 30% Abzug gefallen lassen. Für die Jungesellen setzte die zentrale Schiedskommission einen besonderen Lohn fest, der im ersten Jahre nach beendeter Lehrzeit 25% Abzug vom Gesellenstundenlohn vorsieht. Trotzdem dieser Spruch für uns unannehmbar ist, können wir die ausgearbeiteten Kollegen nur dahingehend aufklären, für sich einen Lohn keine Arbeit anzunehmen. Unsere Durchschnittsmittelgliederzahl ist von 856 auf 924 gestiegen. Der Lokalverein der Löpfer hat sich in das Syndikalistische Lager (Union) „hinübergerettet“ und sechsmechtelt sogar mit den Unternehmern. So hat er eine Feststellungsklage gegen den Baugewerksbund eingeleitet auf Grund einer Sperte, die wir gegen einen Löpfermeister verhängt hatten, der nur Syndikalist beschäftigt. Der Verein behauptet, dadurch in der Arbeitsmöglichkeit behindert und im Arbeitsverdienst geschmälert worden zu sein. Unternehmer und „revolutionäre“ Arbeiter Arm in Arm! — Für das Winterhalbjahr 1930/31 ist wiederum ein hehrtechnischer Kursus eingerichtet worden, außerdem waren Diskussionsabende über hehrtechnische Fragen. Unsere Löpferjugend kommt aller 14 Tage einmal zusammen. Die Teilnahme an diesen Abenden ist sehr gut. Um dem Bauarbeiterschuß Geltung zu verschaffen, mußten wir in drei Fällen eingreifen. — Die Ausschüsse für das Jahr 1931 sind sehr kräftig. Wir müssen deshalb bemüht sein, jede Organisationszersplitterung zurückzuweisen und treu zu unserer selbstgewählten Leitung zu stehen. Nur dann werden wir über die schlechte wirtschaftliche Zeit hinwegkommen! Die Aussprache bezog sich in der Hauptsache auf die Arbeitsvermittlung. Kollege Dreher wurde einstimmig wiedergewählt, die andern Mitglieder der Fachgruppenleitung gegen zwei Stimmen. Die Versammlung war von 720 Kollegen besucht.

Coswig. Die am 3. März abgehaltene Versammlung nahm zu dem von den Unternehmern geforderten zehnprozentigen Lohnabbau Stellung. In Anbetracht der niedrigen Löhne in den Löpferbetrieben und weil der Löpferlohn noch unter den Löhnen eines ungelerten Fabrikarbeiters liegt, wäre eine Lohnherabsetzung dringend notwendig. Wir fordern, daß mindestens die alten Lohnsätze weiter gelten.



Aus der Bauarbeiter-Internationale

(B.-I.) Tarifierneuerung im Baugewerbe in Holland. Sowohl die Unternehmerverbände wie auch der Alg. Nederl. Bouwarbeidersbond hatten den bisher für das Baugewerbe geltenden Landestarif auf Ende Februar 1931 gekündigt. Die daraufhin einsetzenden Verhandlungen haben zu einer Verständigung der bisherigen Vertragsparteien geführt. Die Verhandlungen wurden durch die Weltwirtschaftskrise und die auch im Baugewerbe Hollands herrschende Arbeitslosigkeit (im Februar waren neben den 1500 wegen Frostwetter ferienenden rund 3000 arbeitslose Bauarbeiter vorhanden) für die Bauarbeiter ungünstig beeinflusst. Trotzdem gelang es, eine kleine Verbesserung des Landestarifes durchzusetzen. Während Arbeitszeit und Löhne in der bisherigen Weise belassen wurden, gelang es unserem Bruderverband, eine Verlängerung der Feriendauer um zwei Tage durchzudrücken. Die neue Ferienordnung sieht vor im Jahre 1931 wie bisher drei Tage, im Jahre 1932 vier Tage, im darauffolgenden Jahre fünf Tage zusammenhängender bezahlter Ferien. — In Anbetracht des in verschiedenen Ländern herrschenden Lohnabbauimmels der Bauunternehmer darf man das Ergebnis der Verhandlungen im Baugewerbe Hollands als Zeichen gesunden Menschenverstandes begrüßen. — Der Alg. Nederl. Bouwarbeidersbond kann zudem von einem erfreulichen Zuwachs an Mitgliedern berichten. Im Jahre 1930 ist die Mitgliederzahl von 23 867 auf 26 624 gestiegen, wozu im Januar 1931 eine weitere Zunahme von 343 neuen Mitgliedern kommt. Das ist ein nachahmenswertes Beispiel der Pflichterfüllung.

Allgemeine Rundschau

Für die Besetzung der Bauämter und für Mieter-schutz! Der Reichsausschuß des Bundes Deutscher Mietervereine, der am 7. und 8. März in Dresden tagte, nahm zu den Fragen der Wohnungswirtschaft Stellung und faßte seine Meinung in folgende Entschlüsse zusammen: 1. „Die Notverordnung vom 1. Dezember 1930 bedeutet hinsichtlich der neuen Bestimmungen für die Hauszinssteuer und in ihrem wohnungspolitischen Teil eine schwere Schädigung der Mieter-schaft und der deutschen Volkswirtschaft. Die noch immer sehr große Wohnungsnot und das noch größere Wohnungselend werden durch die Dröselung des Wohnungsneubaus unerträglich verschärft. Darüber hinaus hat die weitgehende Lockerung des Mieterschutzes zu einer starken Beunruhigung der Mieter geführt, die sich vor ungerechtfertigter Mietzinssteigerung und willkürlicher Kündigung nicht mehr sicher fühlen. Hierzu kommen noch die verheerenden Folgen der ungeheuren Arbeitslosigkeit, ohne daß man wegen der Einschränkung des Wohnungsbaus auf eine fühlbare Linderung hoffen könnte. Die Arbeitslosigkeit und die wohnungspolitische Gesamtlage erfordern dringendst Abkehr von dem in der Notverordnung beschriebenen Wege. Eben so hat der Herr Reichskanzler in Münster auf dem Gebiet der Wohnungswirtschaft Reformen angekündigt. Die Mieterschaft erwartet, daß diese Reformen der überragenden Bedeutung der Wohnungsfrage für unser Volk in einem sozialfortschrittlichen Sinne Rechnung tragen. Sie erwartet insbesondere nunmehr eine klare Stellungnahme zu den Fragen des Mieterschutzes. Das in der Notverordnung für 1936 angekündigte soziale Mietrecht muß sofort kommen und klar die Frage des Mietzins und des Kündigungsrechts des Vermieters regeln. Ohne Beschränkungen des Vermieters hinsichtlich der Höhe des Mietzins und der Willkürlichkeit der Kündigung ist ein soziales Mietrecht undenkbar. Darüber hinaus hält die

Wer ernten will, muß säen!

Für die Woche vom 15. bis 21. März ist der 12. Bundesbeitrag für 1931 zu zahlen.

Mieterschaft ihre Forderung nach einem Wohnungswirtschaftsgesetz aufrecht. — II. „Die Reichsorganisation der Mieter, der Bund Deutscher Mietervereine e. V., Sitz Dresden, erhebt durch ihre aus allen Reichsteilen in Dresden versammelten Landes- und Provinzialverbandsvorsitzenden erneut und mit allem Nachdruck die Forderung auf Senkung der Alt- und Neubaumieten auf die Höhe der Vorkriegsmieten in Wohn- und Geschäftsräumen, da unserem heute verarmten Volke nicht größere Zahlungslasten zugemutet werden können, als dies in der Vorkriegszeit unter ganz anderen günstigeren wirtschaftlichen Verhältnissen der Fall war. Die katastrophale Wirtschaftslage, die in dem 5-Millionen-Haer der Erwerbslosen und in den Gehalts- und Lohnsenkungen sichtbarsten Ausdruck findet, treibt unser Volk in immer größere Not hinein. Sie wird noch vergrößert durch die Notverordnung der Reichsregierung vom 1. Dezember 1930 und die damit wieder hervorgerufenen weiteren Lockerungen des Mieterschutzes und damit verbundener erneuter Mietsteigerungen. Auch die Zahl der Fürsorgeempfänger wird dadurch wieder zwangsweise erhöht und damit wieder die Höhe der aufzubringenden öffentlichen Lasten. Das Ziel der Reichsregierung auf allgemeine Preislenkung wird nicht eher fühlbar in die Erscheinung treten, bevor nicht Senkung der Mieten für Wohnungen, Läden und Gewerbetriebe energig durchgeführt wird. Die berufenen Vertreter der deutschen Mieterschaft im Bund Deutscher Mietervereine e. V., Sitz Dresden, fordern deshalb von der Reichsregierung und dem Reichstag in erster Linie rasche und gründliche gesetzliche Maßnahmen zur Senkung der Mieten.

Die Gewerkschaften fordern Ankerbelegung des Wohnungsbaus. Die freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen haben dem preussischen Minister für Volkswohlfahrt eine Denkschrift über die katastrophalen Zustände des Berliner Wohnungsbaus übermittle. Es wird darauf hingewiesen, daß die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe Berlins einen erschreckenden Stand erreicht hat. Drei Viertel der Berliner Bauarbeiter (53 468) sind arbeitslos. Hilfe kann nur ein baldiges Arbeitsbeschaffungsprogramm bringen. Die Reichshauptstadt leidet unter dem stärksten Wohnungs-elend. Anfang 1931 wohnten in Berlin 113 000 Familien in Untermiete. Ferner haufen 40 000 Familien in Kellerwohnungen. Mit rund 40 000 Haushaltsgebunden muß außerdem im laufenden Jahr gerechnet werden. In den Jahren 1926 bis 1930 betrug der Reingezug an Wohnungen 121 186, während in dem gleichen Zeitraum 148 690 Wohnungsberechtigten von außerhalb nach Berlin zuzogen. In den letzten sieben Jahren hat Berlin 313 Millionen Mark Hauszinssteuermittel an den preussischen Ausgleichsfonds ohne Rückleistung abgeführt. Die hohen Neubaumieten zeigen, daß am Bedarf der breiten Masse vorbeifinanziert wurde. Da Berlin bereits über 55 Millionen Mark und damit über den gesamten Betrag an Hauszinssteuermitteln verfügt hat, wird von den Gewerkschaften eine Sonderregelung durch einen vom preussischen Staat bereitzustellenden Kredit gefordert. Dieser Kredit würde Berlin in die Lage versetzen, ein Mindestbauprogramm von 14 000 Hauszinssteuerwohnungen durchzuführen. Nach den Vorschlägen der Gewerkschaften sollen 60% davon 1 1/2-Zimmer-Wohnungen von 45 Quadratmeter, 10% als Wohnungen von 36 Quadratmeter für kinderlose Haushalte und 30% in Größen von 50 bis 60 Quadratmeter Wohnfläche für Kinderreiche gebaut werden. Mit Hilfe eines solchen Mindestbauprogramms glauben die Gewerkschaften das Schlimmste von den Wohnungsämtern und den Bauarbeitern abwenden zu können. Es wäre nur zu wünschen, daß der Schritt der Berliner Gewerkschaften von Erfolg gekrönt sein möge. Im entgegengesetzten Falle würde die Berliner Bauwirtschaft und damit der Wohnungsbau in eine Jahre hindurch andauernde Krise verfallen.

So sehen die Nazis aus! Ein Herr Kofke, Führer der Nazis in Dresden, sagte am 27. Februar in einer

Naziverammlung zu Schönau über die Bauarbeiter folgendes: „Die Bauarbeiter haben den höchsten Lohn, außerdem beziehen sie im Winter die höchste Unterstützung. Die dürfen auf keinen Fall solche hohen Löhne beziehen. Bei ihrem hohen Lohn können sich die Bauarbeiter im Sommer so viel sparen, daß sie im Winter davon leben können.“ Das ist sehr deutlich. Allen Bauarbeitern, die in selbstvernechtender Absicht mit den Nazis liebäugeln möchten, sei vorstehendes besonders zur Beachtung empfohlen. Im übrigen: Wenn den Bauarbeitern die angeblich „hohen“ Löhne genommen werden, wovon sollen sie dann im Winter leben! Vielleicht gibt dieser famose Naziführer darüber Auskunft.

Das Lohnelend in der Metallindustrie. Darüber berichtet ein Metallarbeiter, „Völkischer Beobachter“ vom 12. März ein Metallarbeiter. Seine Gedankengänge bewegen sich in den ausgefahrenen Geleisen der Nationalsozialisten. Die „roten Bonzen“ hätten als Drahtzieher des Auslands für den Young-Plan gestimmt, obwohl die Nazis schon immer ständig aufgerufen hätten gegen die Annahme des Schandvertrages. Und daraus resultierte das ganze Elend in Deutschland. Die Metallarbeiter hätten die niedrigsten Löhne. Bei dieser Sachlage sei es kein Wunder, wenn die Zahl der unorganisierten Arbeitskollegen ständig zunimmt. Zum Schluß fordert dieser neugebackene Nazimann dazu auf, Stellung zu nehmen gegen die „Scheingesetze“ der sogenannten Gewerkschaftsvertreter. Alle Arbeiter werden aufgefordert, den Betriebszellen der Nazis beizutreten, dann werde es besser werden. — So ist's recht, kommunistische Betriebszellen, Nazi-Betriebszellen — alles zur höheren Ehre der Gewerkschaftsbewegung, die sich auf diese Art und Weise in lauter Betriebszellen auflösen würde. Bei den Nazis wie bei den Kommunisten eine „Einheitsfront“ gegen die Führer, und dann die Krakeeler als Führer eingeleitet. Das ist der Endpunkt. Auf diese Art und Weise wird man Zustände schaffen, in denen sich dann die Arbeiter vor lauter Glückseligkeit nicht fassen können. Der „Endpunkt“ ist das aber eigentlich nicht, denn diese Sorte „Führer“, die nur aus unwissenden Krakeelern besteht, würde das, was bei Erfüllung ihrer Wünsche von den Gewerkschaften noch übrig wäre, in Grund und Boden verschaffen. Und dann würde nach der Zerstückelung der Gewerkschaften von neuem wieder zum Aufbau der Gewerkschaften übergegangen werden müssen. Man fängt von vorn an. Das wäre das Ergebnis, wenn Nazis und Kozis die Führung der Gewerkschaften übernehmen!

Schwindelbetrieb im Tiefbaugewerbe? Im Amtsblatt der Tiefbauberufsgenossenschaft „Tiefbau“ vom 7. Februar wurden nach Kerkerade in Holland 450 Bauarbeiter verlangt. Einschreibebriefe unserer Kollegen wurden nicht beantwortet. Eine internationale Antwortkarte ist nunmehr zurückgekommen und wird von der Kriminalpolizei Kerkerade beantwortet. Danach ist der unterzeichnete Baummeister oder eine Firma dieses Namens überhaupt nicht bekannt. Es ist anzunehmen, daß es sich um einen Postschwindler handelt. Bewerbungen nach Kerkerade wollen man deshalb unterlassen.

Posterkurse. An den staatlichen Fachgewerbeschulen in Hamburg wird von Ostern an im Rahmen freiwilliger Abendkurse ein Kursus zur Weiterbildung der Gesellen und Polier im Baugewerbe eingerichtet. Voraussetzung für das Zustandekommen dieses Kursus ist, daß sich mindestens 20 Teilnehmer, an dem ein fünfjährige Baupraxis nachweisen, anmelden. Der Kursus erstreckt sich auf 4 Semester mit 3 mal 3, zusammen 9 Abendstunden. Anmeldungen werden vom Montag, dem 23. März, an im Schulgebäude Steinforplatz, 1. Stock, Zimmer 27, bis Freitag, den 27. März, abends von 18 bis 20 Uhr, entgegengenommen. In Frage kommen Maurer, Zimmerer, Betonbauer, Steinseher, Steinmeyer. Die Kosten betragen für das Semester für Hamburger 32 M und 2 M Aufnahmegeld, für auswärtige 50% Aufschlag. Für Erwerbslose oder Minderbemittelte kann auf Antrag das Schulgeld teilweise oder ganz erlassen werden. Lehrpläne sind in der Fachschule für das Baugewerbe, Spaldingstraße 93, von 8 bis 20 Uhr, einzusehen.

Gedenktafel verstorbenen Mitglieder.

- Auerbach, (Fallenstein.) Michael Hettrich, Glas-, 54 J.
Arno Huster, Hilfsarbeiter, 30 Jahre alt.
Bernau, (Ladeburg.) Gustav Neumann, Puher, 44 J.
Brandenburg, Friedrich Buller, Maurer, 60 Jahre.
Brüßow, Ernst Jobsky, Hilfsarbeiter, 39 Jahre alt.
Chemnitz, Paul Meyer, Maurer, 66 Jahre alt.
Dresden, (Freital.) Heinr. Rich. Heinze, Maur., 74 J.
(Düßeldorf.) Gg. Ernst Alb. Strietzel, Hilfsarb., 27 J.
Düsseldorf, Heinrich Rohloff, Steinholzleger, 50 J.
Ermühle, Stefan Eberlein, Maurer, 66 Jahre alt.
Forst i. L. Helmut Hufchen, Maurerlehrling, 17 J.
Frankfurt/M. (Krietal.) August Saame, Maur., 56 J.
Gera, (Langenberg.) Franz Queck, Maurer, 57 Jahre.
Görlitz, Johann Poppel, Maurer, 61 Jahre alt.
Hagen, (Wetter.) Paul Künzel, Hilfsarbeit., 46 Jahre.
Halberstadt, (Schlanstedt.) Ernst Menge, 39 Jahre alt.
Hann. (Luna.) Heinrich Gorseltz, Maur., 20 Jahre.
Hof, (Marktzeuthen.) Johann Riedelbauch, M., 60 J.
Krefeld, Mathias Verkennis, Maurer, 52 Jahre.
Leipzig, (Sittel.) Kurt Schmidt, Hilfsarb., 29 Jahre.
(Crostitz.) Friedrich Spahlholz, Maurer, 67 Jahre.
Elegniz, Heinrich Geister, Arbeiter, 72 Jahre alt.
(Lauer.) Albrich Nitsche, Maurer, 47 Jahre alt.
Cyd. (Nikolaiken.) Karl Loyda, Maurer, 40 Jahre.
Magdeburg, Otto Fiedler, Stuktureur, 20 Jahre alt.
Simon Wöhlecke, Maurer, 74 Jahre alt.
München, (Schlachthaus.) Franz Gali, Maur., 65 J.
(Deisenhofen.) Johann Kurz, Hilfsarb., 29 Jahre.
Münster, (Gronau.) Wilhelm Schneider, M., 79 J.
Neustadt/Hrdt. Jakob Weigand, Maurer, 56 Jahre.
Nürnberg, (Niederndorf.) G. Schauler, Hilfsarb., 46 J.
Pflaun, Adolf Reihig, Maurer, 57 Jahre alt.
Recklinghausen, Jakob Wichelhaus, Erbarb., 31 Jahre.
Leo Wlodarczyk, Hilfsarbeiter, 17 Jahre alt.
Wittenberg, Alfred Rätz, Maurer, 25 Jahre alt.
Würzburg, (Obernreit.) Paulus Geitz, Maur., 48 J.
Wurzen, (Büchau.) Walter Gebhardt, Hilfsarb., 33 J.
Ehre ihrem Andenten!